

Globethics Repository

The logo consists of the word "Globethics" in white, sans-serif font, centered within a solid blue rectangular background.

Leitideen einer lebensdienlichen Arbeitspolitik (Guiding Principles for a Life-serving Labour Policy)

This page was generated automatically upon download from the Globethics Repository.
More information on Globethics see <https://www.globethics.net>. Data and content policy
of Globethics Repository see <https://repository.globethics.net/pages/policy>.

Item Type	Article
Authors	Ulrich, Peter
Publisher	Institut für Wirtschaftsethik der Universität St. Gallen
Rights	With permission of the license/copyright holder
Download date	2026-09-18 02:35:27
Link to Item	http://hdl.handle.net/20.500.12424/184044

Leitideen einer lebensdienlichen Arbeitspolitik

Peter Ulrich

Leitideen einer lebensdienlichen Arbeitspolitik

Peter Ulrich

Nr. 77

Teil I ist der formal leicht veränderte Vorabdruck eines Beitrags, der im Sommer 1997 im Jahrbuch für christliche Sozialwissenschaften (Band 38) erscheinen wird. Teil II ist die etwas veränderte Fassung eines Beitrags, der in den "Arbeitsblättern" des Schweizerischen Arbeitskreises für ethische Forschung (Nr. 34, Oktober 1995) erschienen ist und hiermit einem breiteren Kreis zugänglich gemacht wird. Partielle inhaltliche Überschneidungen der beiden Teile bzw. Beiträge, die sich im wesentlichen ergänzen, wurden belassen.

April 1997

Copyright 1997 beim Verfasser

ISBN 3-906548-78-3

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	V
-----------------------	---

Teil I: Arbeitspolitik jenseits des neoliberalen Ökonomismus – das Kernstück einer lebensdienlichen Sozialpolitik	1
--	----------

1. Das Rezept der neoliberalen (Nicht-) Beschäftigungspolitik: Teil der Lösung oder Teil des Problems?	1
2. Ökonomismuskritik: Wider die These, eine “freie” Marktwirtschaft sei an sich sozial	5
3. Konturen einer lebensdienlichen Arbeits- und Sozialpolitik ...	10
Literaturverzeichnis	16

Teil II: Müssen wir die Arbeit neu verteilen? Vier Thesen zu einer zukunftssträchtigen Arbeitspolitik	19
--	-----------

1. These: In einer Arbeitsgesellschaft, wie wir sie (noch) sind, haben alle Bürger ein moralisches Recht auf Arbeit, nicht nur auf Arbeitslosen-"Entschädigung"	20
2. These: Die alte Vollbeschäftigungsideologie ist nicht die Lösung, sondern das ursächliche Problem der stetig zunehmenden Arbeitslosigkeit	21
3. These: Es geht in der Arbeitspolitik um die grundlegende Alternative zwischen dem freiheitlichen Weg zu allgemeinen Wirtschaftsbürgerrechten und dem autoritär- karitativen Weg zum Sozialpolizeistaat	23
4. These: Das Ende der alten Vollbeschäftigungsideologie eröffnet neue Optionen für freie Bürger – wenn wir den Produktivitätsfortschritt in den Dienst des guten Lebens und Zusammenlebens aller Menschen stellen	25

Literaturhinweise	28
-----------------------------	----

Zusammenfassung

In den Brennpunkt der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Diskussion rückt zunehmend die "Beschäftigungsfrage". Die Zweifel an der realpolitisch ebenso wie in der *Mainstream Economics* herrschenden neoliberalen Doktrin, dergemäss die "Vollbeschäftigung" primär oder sogar ausschliesslich über den Weg der Deregulierung ("mehr Markt"), der Produktivitätssteigerung und vor allem des Wirtschaftswachstums wiederhergestellt werden könne und solle, nehmen zu. Tiefergehende Reformansätze, die das Beschäftigungsproblem nicht nur als rein ökonomisches Problem der Mengen nachgefragter bzw. (nicht) angebotener Arbeitsplätze, sondern als ethisch-politisch zu reflektierendes Problem der gerechten Verteilung anhaltend knapper Erwerbsarbeit verstehen und darüber hinaus vielleicht sogar nach einer Neubestimmung der Rolle der Erwerbsarbeit im "modernen" Entwurf des guten Lebens fragen, finden langsam aber sicher Beachtung.

Die vorliegende Veröffentlichung präsentiert Überlegungen, die unter dem noch ungewohnten Begriff der *Arbeitspolitik* stehen. Der Begriff thematisiert die gesellschaftliche (Erwerbs-) Arbeit und ihre Organisation als Gegenstand einer umfassenden gesellschaftspolitischen Gestaltungsaufgabe, die primär nicht von (sich als "wertfrei" verstehenden) Experten der Wirtschaftspolitik zu entscheiden, sondern öffentliche Sache der demokratischen Bürgerdebatte ist und deren Lösungsvorschläge stets der Begründung in ethisch-politischen Kategorien bedürfen.

Teil I setzt sich zunächst ökonomismuskritisch mit der neoklassisch-neoliberalen Doktrin auseinander, dass eine "freie" Marktwirtschaft *an sich* "sozial" sei und im Interesse aller Bürger liege. Von dieser gängigen ideologischen Prämisse her ist zu verstehen, weshalb der "Bock" der Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen noch immer von so vielen Ökonomen und Wirtschaftspraktikern, trotz widersprechender Alltagserfahrung, zum "Gärtner" im Paradiesgarten der Vollbeschäftigung umgedeutet wird. Nach dieser Desillusionierungsarbeit werden die Konturen und Ansatzpunkte einer lebensdienlichen Arbeits- und Sozialpolitik skizziert, die primär nicht den Markt, sondern die Menschen frei machen will.

Teil II setzt bei der Begründung eines allgemeinen moralischen Rechts auf Arbeit an und zeigt in kurzer Form auf, inwiefern es bei der realpolitischen Auseinandersetzung für oder wider die Umverteilung der Arbeit hintergründig um den Konflikt zweier grundlegend verschiedener Gesellschaftsmodelle geht. Es kommt demnach darauf an sich zu besinnen, welches Leitbild des gesellschaftlichen Zusammenlebens der zukünftigen Arbeits- und Beschäftigungspolitik zugrundegelegt werden soll: ein autoritär-karitatives oder ein emanzipatorisch-freiheitliches, das die eigentliche Herausforderung des "Beschäftigungsproblems" in der Weiterentwicklung der (ur)liberalen Konzeption der Bürgergesellschaft (*civil society*) unter veränderten Bedingungen und in der Erweiterung der Optionen freier Bürger auch in der Arbeitswelt erkennt.

I. Arbeitspolitik jenseits des neoliberalen Ökonomismus – das Kernstück einer lebensdienlichen Sozialpolitik

1. Das Rezept der neoliberalen (Nicht-) Beschäftigungspolitik: Teil der Lösung oder Teil des Problems?

Das Problem der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit in praktisch allen Ländern der Welt stellt eine epochale wirtschafts- und sozioethische Herausforderung dar, an deren Bewältigung sich die Legitimität einer marktwirtschaftlichen Ordnung bald zeigen müssen; resigniert die real existierende Wirtschaftsordnung, die sich (noch) Soziale Marktwirtschaft nennt, vor dem sogenannten Beschäftigungsproblem, so wird sie über kurz oder lang in irreparabler Weise diskreditiert.

Nur kurz sei zunächst die Faktenlage in Erinnerung gerufen. Seit Jahrzehnten steigen die Arbeitslosenzahlen international mit den Konjunkturzyklen treppenförmig an. In der Rezession nimmt die Arbeitslosigkeit infolge forcierter Rationalisierungsmassnahmen ("Downsizing") in den Firmen – und zunehmend auch in den staatlichen Verwaltungen – jeweils sprunghaft zu, doch im nachfolgenden Aufschwung kommt es i.d.R. nur zu einem vergleichsweise flachen Anstieg oder gar nur zu einer Stagnation des Beschäftigungsniveaus (jobloses Wirtschaftswachstum). Überlagert werden die – in der gewohnten Form in Zukunft möglicherweise kaum mehr auftretenden – Konjunkturzyklen derzeit von einem tiefgreifenden technologischen Strukturwandel zum einen und der Globalisierung der Märkte zum andern. Je rascher der volkswirtschaftliche Strukturwandel vor sich geht, um so höher steigt tendenziell die (nicht bloss konjunkturelle, sondern strukturelle) "Sockelarbeitslosigkeit" und mit ihr der Anteil Langzeitarbeitsloser. Allein in den OECD-Ländern ist die Gesamtzahl der Erwerbslosen mittlerweile bei rund 35 Millionen angelangt, von den Verhältnissen im globalen Massstab (über 800 Millionen Erwerbslose oder Unterbeschäftigte nach neuesten Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf) ganz zu schweigen. Anzeichen einer durchgreifenden Trendwende sind nicht zu erkennen.

Wie reagieren die *Mainstream Economics* und die offizielle Wirtschaftspolitik auf diese ungute Lage der Dinge? Sowohl die Wirtschaftstheorie als auch die Politik setzen seit der weltweiten neoliberalen Wende, die mit *Thatcherism* in

Grossbritannien und *Reagonomics* in den USA begann und mittlerweile auch sämtliche europäischen Länder nahezu unabhängig von der parteipolitischen Zusammensetzung ihrer Regierungen eingeholt hat, mehr denn je unisono auf Wirtschaftswachstum als Generalrezept zur Lösung des Problems, soweit sie es nicht einfach resignierend "aussitzen" oder das Traktandum insgeheim vertagen möchten, bis es sich im Laufe des kommenden Jahrhunderts aus demographischen Gründen (sinkender Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter) angeblich von selbst erledigen wird. Realiter bedeutet das, dass bis dahin eine andere, rascher greifende Form der "Problemlösung" in Kauf genommen wird: die zunehmende Spaltung der Gesellschaft in Bürger erster Klasse (mit stabilen, qualifizierten Berufspositionen) und solche zweiter Klasse (in unstabilen, schlecht bezahlten Gelegenheitsjobs oder ganz Erwerbslose) samt der daraus resultierenden Explosion der sozialen Folgekosten (Arbeitslosenversicherung, Fürsorge, sozialtherapeutische und medizinische Betreuung der "Freigestellten"). Die ebenfalls fast überall leeren Staatskassen lassen es inzwischen sogar fraglich erscheinen, ob die sozialstaatlichen Netze der resultierenden gewaltigen Belastung standhalten oder aber reissen.

Während die Realpolitik der skandalösen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt mehr oder weniger orientierungs- und ratlos gegenübersteht, *glauben* die Gralshüter der neoliberalen Doktrin unbeirrt an die Rezeptur, die sie seit nunmehr etwa 15 Jahren ganz unbeeindruckt von ihren äusserst zweifelhaften empirischen Erfolgen verkünden. *Mehr Markt!* heisst ihr Generalrezept. Dementsprechend fordern sie bei jeder Gelegenheit die "Deregulierung" und "Liberalisierung" der Märkte, auch und ganz besonders des Arbeitsmarktes. Der Leiter der Wirtschaftsredaktion der Neuen Zürcher Zeitung – des offiziellen Leibblatts der Neoliberalen in der Schweiz, das auch in einschlägigen Kreisen Deutschlands und Österreichs rege gelesen wird – hat die von dieser Seite empfohlene Mixtur an "nötigen" Massnahmen kürzlich klipp und klar zusammengefasst. Diese umfassen

"eine Senkung der Mindestlöhne, grössere Lohndifferenzen, eine Entkartellisierung des Arbeitsmarktes, eine Lockerung des Arbeiterschutzes, eine knappere Bemessung des Arbeitslosengeldes und weitere Massnahmen, die den Arbeitsmarkt flexibler, die Einstellung von Arbeitskräften leichter und die Suche nach Arbeit relativ zur Arbeitslosigkeit attraktiver machen".¹

Die Botschaft ist unmissverständlich: Damit die "Beschäftigung" von Arbeitnehmern für die Arbeitgeber, die heute unter dem (Lohn-) Kostendruck des globalen Wettbewerbs stehen, sich "lohnt" und so "Arbeitsplätze geschaffen" werden können, muss offenbar die Entstehung einer neuen Schicht von *working poor*

¹ Gerhard Schwarz, Wie uns die Arbeit nicht ausgeht, in: Neue Zürcher Zeitung, Nr. 81 vom 6./7. April 1996, 21.

hingenommen werden, das heisst von Menschen, die zwar einen "Job" haben, dessen schlechte Entlohnung jedoch ohne zusätzliche Nebeneinkommen oder staatliche Unterstützung nur ein Leben in mehr oder weniger entwürdigender Armut zulässt – als der angebliche Preis zur Überwindung der hohen Arbeitslosigkeit. Sollte das Rezept nicht funktionieren, so hätten wir allerdings in seiner Folge schlicht beide Probleme, Massenarbeitslosigkeit *und* zusätzlich eine immer steilere Einkommens- und Vermögensverteilung: unten eine wachsende Schicht sozial marginalisierter Menschen, die jegliche Perspektive, dass sich "Leistung wieder lohnt", verloren haben und mit ihr den Glauben an die Legitimität der real existierenden Marktwirtschaft; in der Mitte eine an Kaufkraft langsam aber stetig verlierende und zunehmend existentiell verunsicherte Mittelschicht; und oben eine "abhebende" Spitze von Grossverdienern, die mehr Geld scheffeln als sie je vernünftig gebrauchen können. In einem Wort: eine *Drittweltisierung* der sozialen Struktur auch der ehemals als "reich" geltenden Länder wird als unausweichlich postuliert und ist in der Tat bereits in Gang gekommen, wie die statistischen Daten insbesondere in den beiden diesbezüglich an der Spitze der Entwicklung liegenden Ländern, der USA und Grossbritanniens, aber im Ansatz auch in den kontinental-europäischen Ländern inzwischen zweifelsfrei belegen.²

Die der neoliberalen Doktrin verhafteten Ökonomen – und anders denkende Vertreter dieser Zunft scheint es derzeit dank der wirksamen Kooptationsmechanismen in den akademischen Berufungsverfahren bald kaum mehr zu geben – flüchten sich angesichts dieser für sie unangenehmen Datenlage (sofern sie in ihrer "rein" ökonomischen Systemlogik *sozialökonomische* Daten überhaupt zur Kenntnis nehmen) üblicherweise in *langfristökonomische* Argumentationsstrategien nach dem Motto: Wir müssen *jetzt* ökonomisch "überflüssige" Arbeitsplätze abbauen, um *später* ebensolche in nachhaltiger Weise neu zu schaffen. In merkwürdig phantasieloser, immer gleicher Weise wird der Bock der grenzenlosen Produktivitätssteigerung und der Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen gleich selbst zum Gärtner der Schaffung neuer Arbeitsplätze macht. Die unterstellte Marktlogik soll im Prinzip in folgender Weise funktionieren: (1.) Die "Deregulierung" der Wirtschaft, v.a. die des Arbeitsmarktes, wird sich (2.) in (Lohn-) Kostensenkungen niederschlagen, die sich (3.) betriebswirtschaftlich als sogenannte "Produktivitätssteigerung" rechnen; das soll dann (4.) die internationale Wettbewerbsfähigkeit erhöhen, diese wiederum (5.) Exportsteigerungen bewirken und damit (6.) zu Wirtschaftswachstum der Binnenwirtschaft führen, was am Ende der

² Für eine Fülle internationaler empirischer Belege vgl. *Horst Afheldt*, Wohlstand für niemand? Die Marktwirtschaft entlässt ihre Kinder, München 1994; *Lester Thurow*, The Future of Capitalism. How Today's Economic Forces Will Shape Tomorrow's World, London 1996.

Kette irgendwann in Zukunft angeblich (7. – magische 7!) "Arbeitsplätze schaffen" wird.

Die unerschütterliche Gewissheit und Fortschrittsgläubigkeit, mit der diese marktradikale, makroökonomisch keineswegs besonders gut fundierte³ Langfristlösung des Beschäftigungsproblems bisweilen verkündet wird, erinnert auffallend an die klassische deistische Lösung des *Theodizeeproblems*: Die Welt ist zur Zeit nicht gut, aber sie sollte doch als Schöpfung Gottes gut sein. Die Aufhebung des Widerspruchs liegt bekanntlich in der Verzeitlichung des Problems: Der Schöpfer hat die Welt so eingerichtet, dass sie *auf dem Wege* ist, dass alles gut wird, wenn wir nur der natürlichen Ordnung des Schöpfers nicht ins Handwerk pfuschen. Als Gewährsinstanz der "natürlichen" Wirtschaftsordnung braucht dann nur noch die "unsichtbare Hand" des Marktes betrachtet zu werden, und schon kommt die kryptoreligiöse Tiefenstruktur der neoliberalen *Marktvergötterung* zum Vorschein.⁴ Es ist diese untergründige "providentielle Deutung des ökonomischen Kosmos",⁵ die *Max Weber* als den Kern des inneren Zusammenhangs zwischen der protestantischen Ethik und dem "Geist des Kapitalismus" erhellte hat.

Während sich nicht nur (immer schon) die katholische Soziallehre, sondern längst auch die evangelische Wirtschafts- und Sozialethik von einer solchen naturrechtlich-deistisch zu verstehenden *Metaphysik des Marktes* mit aller wünschbaren Deutlichkeit distanziert hat, feiert diese heute in einer von ihrem geistesgeschichtlichen Fundament abgespaltenen, sich ganz "sachlich" gebenden Denkmuster Urstände: im Denkmuster des *Ökonomismus*. An ihm prallen zur Zeit fast alle Ansätze und Vorschläge einer anderen Arbeitspolitik ohnmächtig ab. Die auf ihm beruhende neoliberale Rezeptur ist auch in ideologischer Hinsicht Teil des

³ Vernachlässigt werden insbesondere die makroökonomischen Kreislaufeffekte der sinkenden Kaufkraft breiter Bevölkerungsschichten auf die Binnennachfrage und damit auch auf die Binnenwirtschaft, die trotz der Globalisierung in allen Ländern nach wie vor die grosse Mehrheit der Arbeitsplätze bereitstellt. Unberücksichtigt bleiben auch Währungseffekte, die die Anstrengungen zur einseitigen Steigerung der Produktivität und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit in der Regel teilweise negativ kompensieren. Und ganz ausgeblendet werden die sozialen Verteilungseffekte und ihre grossenteils beim Staat anfallenden sozialpolitischen Folgekosten; darauf kommen wir weiter unten noch zurück.

⁴ Diese in die Zeitachse projizierte Lösung des Theodizeeproblems lässt sich noch besonders gut in der fortschrittsoptimistischen, liberalen politischen Ökonomie von *Adam Smith* erkennen. Vgl. dazu im einzelnen *Heinz-Dieter Kittsteiner*, Ethik und Theologie: Das Problem der 'unsichtbaren Hand' bei Adam Smith, in: *Franz-Xaver Kaufmann / Hans-Günter Krüsselberg* (Hrsg.), Markt, Staat und Solidarität bei Adam Smith, Frankfurt a.M. 1984, 41-73. Vgl. auch *Martin Patzen*, Zur Diskussion des Adam-Smith-Problems – ein Überblick, in: *Arnold Meyer-Faje / Peter Ulrich* (Hrsg.), Der andere Adam Smith. Beiträge zur Neubestimmung von Ökonomie als Politischer Ökonomie, Bern/Stuttgart 1991, 21-54, hier 47ff.

⁵ So *Max Weber*, Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus (1904), in: *ders.*, Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I, 9. Aufl., Tübingen 1988, 17-206, hier 172.

Problems, nicht der Lösung. Was daher not tut, bevor eine neue, ideologiefreie und wirklich sachgerechte Sicht der Problematik sich Bahn brechen kann, ist zunächst eine hinreichend präzise wirtschaftsethische Ökonomismuskritik.

2. Ökonomismuskritik: Wider die These, eine "freie" Marktwirtschaft sei an sich sozial

Ökonomismus ist der fundamentalistische Glaube an nichts als die Logik des Marktes; damit einher geht die Verabsolutierung der Effizienz (ökonomische Rationalität) zum Inbegriff der Vernunft schlechthin und die normative Überhöhung des Zwangs zur Selbstbehauptung unter den Bedingungen des Wettbewerbs zum Ethos einer ganzen (unternehmerischen) Lebensform:

"Es ist nicht *nur* 'Geschäftsklugheit', was da gelehrt wird ... es ist ein *Ethos*, welches sich äussert."⁶

Der Begriff des Ökonomismus ist als solcher nicht neu, er geht auf den Sozialökonom *Gerhard Weisser* zurück, der bereits in den 50er Jahren den entscheidenden Punkt, nämlich den *Circulus vitiosus* ökonomistischer Politikberatung, treffsicher bestimmt hat:

"Wie gelangen wir zu Postulaten für die Wirtschaftspolitik? Eine auch heute noch weit verbreitete Meinung glaubt, dass die Postulate zur Gestaltung des Wirtschaftslebens *aus unserem Wirtschaftsdenken* gewonnen werden können und müssen. (...) Diese Meinung nennen wir *Ökonomismus*."⁷

Ganz in Übereinstimmung mit *Weisser* hat schon 1955 auch *Oswald von Nell-Breuning* gegen den marktradikalen Neoliberalismus eingewendet, dass "die Massstäbe, nach denen die Wirtschaftspolitik sich auszurichten hätte, *nicht aus der Wirtschaft selbst* gewonnen werden können."⁸ Sonst kommt es nämlich zur Instrumentalisierung der Politik und der gesamten Gesellschaft für die verselbständigten

⁶ *Weber*, Protestantische Ethik, 33. (Hrvrh. i. Orig.). Statt vom Ökonomismus spricht Weber (a.a.O., 60) im gleichen Sinne vom "ökonomischen Rationalismus".

⁷ *Gerhard Weisser*, Die Überwindung des Ökonomismus in der Wirtschaftswissenschaft (1954), wiederabgedr. in: *ders.*, Beiträge zur Gesellschaftspolitik, Göttingen 1978, 573-601, hier 574.

⁸ *Oswald von Nell-Breuning*, Neoliberalismus und katholische Soziallehre, in: *P.M. Boarman (Hrsg.)*, Der Christ und die soziale Marktwirtschaft, Stuttgart/Köln 1955, 101-122, hier 119.

Zwecke des Wirtschaftssystems und damit zu einer eigensinnigen, leerdrehenden Systemdynamik, die letztlich lebenspraktisch widersinnig wird.⁹

Der ökonomistische Zirkel zeigt sich vor allem im neoliberalen Verständnis von *Ordnungspolitik*. Diese soll ja eigentlich die normativen Rahmenbedingungen und Spielregeln bestimmen, unter denen privatwirtschaftliche Markttransaktionen gesellschaftlich *legitim* und *sinnvoll* sind. Nach neoliberaler Auffassung soll sich nun aber auch noch die Gestaltung der Rahmenordnung des Marktes primär an rein ökonomischen Kriterien der Effizienz und insbesondere der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ausrichten. Dann aber bleibt für ausserökonomische, ethisch-politische Gesichtspunkte einer "wohlgeordneten Gesellschaft", wie *John Rawls*¹⁰ das Leitbild des *politischen* Liberalismus nennt, schon im Ansatz kein Raum. Neoliberale Ordnungspolitik zielt daher im Endeffekt nicht auf die ethisch-politische Ordnung *des* Wettbewerbs, sondern auf die Ordnung der gesamten Gesellschaft *durch* Wettbewerb, und damit auf eine totale *Marktgeseellschaft* statt auf eine sozial eingebettete *Marktwirtschaft*.

Diese ökonomistische Verkehrung der Rangordnung zwischen politischer Ethik und ökonomischer Logik hat in der Forderung nach der "Marktkonformität" aller wirtschafts- und sozialpolitischen Gestaltungsmaßnahmen ihren symptomatischen Ausdruck gefunden; darin ist der eigentliche ordnungsethische Sündenfall zu erblicken, dem nicht nur und nicht erst die heutigen marktradikalen Neoliberalen, sondern leider schon die sich von ihnen sonst abgrenzenden Ordoliberalen (namentlich *Alexander Rüstow* und *Wilhelm Röpke*) und ebenso die Begründer der offenen Stilform der Sozialen Marktwirtschaft (namentlich *Alfred Müller-Armack*) erlegen sind.¹¹ Wohin das führt, sei exemplarisch an einer Äusserung von *Walter Eucken*, dem Ordoliberalen mit den ausgeprägtesten neoliberalen Neigungen, demonstriert. Am Anfang eines Abschnitts über "Die Politik zur Ordnung der Wirtschaft als Sozialpolitik" schreibt er:

⁹ Zum demgegenüber aus wirtschaftsethischer Sicht unaufgebbaren Primat der Politik vor der Logik des Marktes vgl. *Peter Ulrich*, Demokratie und Markt. Zur Kritik der Ökonomisierung der Politik, in: Jahrbuch für christliche Sozialwissenschaften, 36. Band: Politische Ethik, Münster 1995, 74-95.

¹⁰ Vgl. *John Rawls*, Die Idee des politischen Liberalismus, Frankfurt 1992, 87ff. Damit ist auf die paradigmatischen Differenzen zwischen philosophisch tragfähigem politischem Liberalismus und ökonomistisch verkürztem Wirtschaftsliberalismus verwiesen.

¹¹ Zur paradigmatischen Abgrenzung zwischen Ordo- und Neoliberalismus, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann, vgl. *Ulrich*, Demokratie und Markt (Anm. 9). Für eine gründlichere Entfaltung der nachfolgenden Überlegungen vgl. *ders.*, Integrative Wirtschaftsethik. Grundlagen einer lebensdienlichen Ökonomie, Bern/Stuttgart 1997, darin Kap. 9 (im Erscheinen).

"Die Herstellung eines funktionsfähigen Systems zur Lenkung der arbeitsteiligen Wirtschaftsweise ist .. die wichtigste Voraussetzung für die Lösung aller (sic!) sozialen Probleme."¹²

Wenige Seiten später folgt die (ökonomistisch verkürzte) sozialpolitische Quintessenz:

"*Soziale Gerechtigkeit* sollte man also durch Schaffung einer funktionsfähigen Gesamtordnung und insbesondere dadurch herzustellen suchen, dass man die Einkommensbildung den strengen Regeln des Wettbewerbs, des Risikos und der Haftung unterwirft."¹³

Soziale Gerechtigkeit erscheint damit ganz in altliberaler, marktmethaphysischer Tradition als die von einer "unsichtbaren Hand" verbürgte, automatische *Folge* einer strikten Wettbewerbspolitik statt als die unverzichtbare gesellschafts- und sozialpolitische *Vorgabe* an den Markt. Was unter dem ökonomistischen *Denkzwang* der Marktkonformität sozialpolitisch "möglich" bleibt, sind allenfalls *Kompromisse* zwischen Markteffizienz und ethisch-politischen Gesichtspunkten. Immer aber gehen letztere gemäss dem zugrundegelegten Verständnis von "sauberer" Ordnungspolitik *auf Kosten* der Markteffizienz; es ist daher in der neoliberalen Sichtweise angelegt, dem Wohlfahrts- und Sozialstaat die Sündenbockrolle für die angeblich oder tatsächlich nachlassende internationale Wettbewerbsfähigkeit der westeuropäischen Volkswirtschaften anzulasten, viel mehr jedenfalls als etwa der Vermachtung des Wettbewerbs durch die Unternehmenskonzentration oder anderen Standortfaktoren.

Wer in den gegenwärtigen, wirtschaftlich schwieriger gewordenen Zeiten auf die gemeinhin als bewährt bezeichnete Konzeption der *Sozialen Marktwirtschaft* verweist und bei ihren Vordenkern ein wirksames sozialetisches Gegenmittel gegen die neoliberale Doktrin sucht, wird von ihnen nicht weniger enttäuscht als von den Ordoliberalen. *Alfred Müller-Armack* als der theoretische Begründer der Sozialen Marktwirtschaft hat die ökonomistische Verkürzung des Verhältnisses von Wettbewerbs- und Sozialpolitik, wie Eucken sie vornimmt, keineswegs überschritten; er gibt sich nur pragmatischer. So verlangt auch *Müller-Armack* ausdrücklich, dass

¹² *Walter Eucken*, Grundsätze der Wirtschaftspolitik (1952), 6. durchges. Aufl., hrsg. v. E. Eucken und K.P. Hensel, Tübingen 1990, 314.

¹³ *Eucken*, Grundsätze, 317 (Hrvrh. P.U.).

"soziale Umschichtungen dem Grundsatz der *Marktkonformität* unterworfen werden, das heisst, dass hinter den Eingriffen der staatlichen Wirtschaftspolitik die Funktionsweise des Marktes ... nicht gestört (sic!) und, wenn möglich, gar noch verbessert wird."¹⁴

Wenn er sich gelegentlich umgekehrt *gegen* einen "den Wettbewerbsmechanismus als ausschliessliches Gestaltungsprinzip betrachtenden Neoliberalismus"¹⁵ äusserte oder vage davon sprach, "dass die Marktwirtschaft einen guten Teil nicht marktkonformer Massnahmen ohne Einbusse ihres Wesens ertragen kann",¹⁶ so bestätigt das letztlich nur, dass seine "irenische Formel"¹⁷ einer Sozialen Marktwirtschaft einer konsistenten theoretischen bzw. wirtschaftsethischen Grundlegung ermangelt und deshalb jetzt, wo es wirklich darauf ankäme, keine klare und begründete ordnungs- und sozialpolitische Orientierung zu geben vermag. Dieser heute offenkundige Sachverhalt findet seine Bestätigung darin, dass *Müller-Armack* den "nicht-marktkonformen Massnahmen" nur die Rolle einer *kompromisshaften*, additiven "Ergänzung"¹⁸ zubilligte. So verwundert es kaum, dass etwa *Horst Friedrich Wünsche*, der heutige Referent der Ludwig-Erhard-Stiftung (Bonn), die sich als Verwalterin des Erbes der Sozialen Marktwirtschaft versteht, sich die Vermittlung zwischen Sozialpolitik und Wettbewerb offenbar nur noch als Kompromiss zwischen zwei bestenfalls gleichrangigen Anliegen vorstellen kann:

"Wirtschaftliche Effizienz und soziale Gerechtigkeit sollen optimal, in einem *Kompromiss*, manchen sagen: 'dynamisch', erreicht werden."¹⁹

Von da aus ist der gedankliche Irrweg nicht mehr weit zur Diskreditierung der Sozialen Marktwirtschaft als eines *faulen* Kompromisses, wie sie von markt-radikaler Seite in jüngster Zeit immer offener suggeriert wird, beispielsweise von

¹⁴ *Alfred Müller-Armack*, *Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft. Frühschriften und weiterführende Konzepte*, Bern/Stuttgart 1974, 120f. (Hrvh. i.Orig.).

¹⁵ *Müller-Armack*, *Genealogie*, 148.

¹⁶ *Müller-Armack*, *Genealogie*, 123.

¹⁷ *Müller-Armack*, *Genealogie*, 150 und 225.

¹⁸ Vgl. *Müller-Armack*, *Genealogie*, 132. Zur Kritik vgl. auch *Siegfried Katterle*, *Alternativen zur neoliberalen Wende*, Bochum 1989, 40.

¹⁹ *Horst F. Wünsche*, *Verlorene Massstäbe in der Ordnungspolitik*, in: *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik*, Jg. 35, Tübingen 1990, 53-74, hier 57. Im Adjektiv "optimal", das in diesem Kompromissdenken etwas merkwürdig erscheint, kommt übrigens die Verhaftung des Ökonomismus in der die neoklassisch-neoliberale Ökonomik noch immer durchziehenden utilitaristischen Fiktion eines für alle Betroffenen volkswirtschaftlichen Optimums zum Ausdruck (Gemeinwohlfiktion).

Gerard Radnitzky.²⁰ Als "möglich" gilt dieser Seite heute nur noch eine kompromisslose "Marktwirtschaft ohne Adjektive" (Vaclav Klaus), auch "freie" Marktwirtschaft genannt. Die für den Ökonomismus charakteristische normative Überhöhung der Logik des Marktes findet dann in folgendem neoliberalen Credo zur Sozialpolitik ihre Pointe:

"Die freie, private Marktwirtschaft ist an sich sozial."²¹

Es war wiederum *Oswald von Nell-Breuning*, der schon 1955, lange vor der heutigen Dominanz der neoliberalen Doktrin und leider von dieser gänzlich unbeachtet die ökonomistisch verkehrte Ordnung der Dinge vom Kopf auf die Füße stellte:

"Der Satz, eine gute Wirtschaftspolitik sei die beste Sozialpolitik, stellt unseres Erachtens die Dinge genau auf den Kopf. Richtig muss es heissen: ob eine Wirtschaftspolitik gut oder schlecht ist bestimmt sich danach, wieviel oder wie wenig sie beiträgt zu einer befriedigenden, an ethisch-kulturellen Massstäben gemessen positiv zu bewertenden *Gestaltung* des sozialen Lebens."²²

Dem ist im Prinzip nichts hinzuzufügen, ausser dass der gesellschafts- und sozialpolitische Gestaltungsanspruch einer *legitimen* Marktwirtschaft in der heutigen Zeit der Globalisierung der Märkte die Etablierung einer supranationalen, letztlich globalen Rahmenordnung des Wettbewerbs erfordert, die diesen allgemeinverbindlichen Grundsätzen der Gerechtigkeit und der "Lebensdienlichkeit"²³ unterstellt.

Warum aber ist eine gerechte Sozialordnung eindeutig als normative *Voraussetzung* einer legitimen Marktwirtschaft zu begreifen? Was genau spricht, von den (nicht eindeutig einem einzigen Kausalfaktor zuzuordnenden) empirischen Misserfolgen einmal abgesehen, aus wirtschaftsethischer Hinsicht eigentlich gegen die reine (Arbeits-) Marktlösung insbesondere des Beschäftigungsproblems?

Die nötige Ideologiekritik des ökonomistischen Marktradikalismus, also des Vertrauens auf den "freien" Markt, kann hier aufgrund der komplexen dogmen- und

²⁰ Vgl. z.B. Gerard Radnitzky, Marktwirtschaft: frei oder sozial?, in: ders./ Hardy Bouillon (Hrsg.), Ordnungstheorie und Ordnungspolitik, Berlin/Heidelberg 1991, 47-75.

²¹ Radnitzky, Marktwirtschaft, 53.

²² Nell-Breuning, Neoliberalismus (Anm. 8), 118 (Hrvrh. i.Orig.).

²³ Den schönen Begriff der Lebensdienlichkeit übernehme ich von Arthur Rich, Wirtschaftsethik, Bd. II: Marktwirtschaft, Planwirtschaft, Weltwirtschaft aus sozialetischer Sicht, Gütersloh 1990, 21f.

theoriegeschichtlichen Zusammenhänge nur angedeutet werden.²⁴ Der im vorliegenden Zusammenhang wohl entscheidende ideologische Punkt liegt bei der Ausblendung des sogenannten *Status-quo-Problems* von Marktlösungen, d.h. der "gegebenen" Ausgangsverteilung bezüglich Macht und Ressourcen unter den Wirtschaftssubjekten. Der Vorteil der Geschäftspartner einer Markttransaktion ist immer nur *relativ* zum Status quo zu verstehen; Machtverhältnisse schlagen daher voll auf die Marktergebnisse durch, wie man derzeit auf dem Arbeitsmarkt besonders deutlich erkennen kann. Wenn beispielsweise bei sogenannten Änderungskündigungen von Arbeitsverträgen, wie sie in den USA, in Grossbritannien und in anderen Ländern längst gängig sind, die Betroffenen in einen neuen Arbeitsvertrag zu deutlich schlechteren Bedingungen einwilligen, so kommen darin schlicht die veränderten *Machtverhältnisse* zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern angesichts der hohen Arbeitslosigkeit zum Ausdruck. Die Deregulierung der Märkte, insbesondere des Arbeitsmarktes, ist daher gleichbedeutend mit dem nicht ganz wertfreien Ziel, dem Recht des Stärkeren Geltung zu verschaffen (Sozialdarwinismus). Der "freie" Markt ist also, entgegen der marktmetaphysischen Gemeinwohlfiktion, nicht für alle gleichermassen "effizient", und er macht auch keineswegs alle gleichermassen "frei". Deshalb sind in der Regel nur die wirtschaftlich Starken für "mehr Markt" oder für internationalen Freihandel.

Mit *Gerechtigkeit* hat ein solches Verständnis des marktverbürgten Gemeinwohls nichts zu tun, denn Gerechtigkeitsfragen beziehen sich ja gerade auf die Legitimität des Status quo, also der sozialen Ausgangsbedingungen der Tausch- bzw. Arbeitsverträge im Markt. Die soziale Harmonie in der Gesellschaft, die der Ökonomist vom "freien" Markt als wunderbares *Ergebnis* erwartet, erweist sich bei ideologiefreier, realistischer Betrachtung vielmehr als die grundlegende *Voraussetzung* legitimer Marktwirtschaft. Die Konsequenz ist einfach, aber folgenreich: *Legitime Marktwirtschaft braucht ethisch-politische Vorgaben*, die nicht auch noch zirkulär auf rein ökonomische Effizienz- oder Nutzenkategorien reduziert werden können, sondern eminent gesellschaftspolitischer oder – wie die Ordoliberalen es einst treffend nannten – "vitalpolitischer"²⁵ Art sind, also unmittelbar in lebensweltlichen Kategorien zu bestimmen sind: *Vitalpolitik kommt vor Wettbewerbspolitik, Gerechtigkeit vor Effizienz*. Quod erat demonstrandum.

²⁴ Für systematische Ökonomismuskritik vgl. *Ulrich*, Demokratie und Markt (Anm. 9); demnächst eingehender *ders.*, Integrative Wirtschaftsethik (Anm. 11), Kap. 4 und 5.

²⁵ Vgl. z.B. *Alexander Rüstow*, Wirtschaftsethische Probleme der sozialen Marktwirtschaft, in: *P.M. Boarman (Hrsg.)*, Der Christ und die soziale Marktwirtschaft, Stuttgart/Köln 1955, S. 53-74.

3. Konturen einer lebensdienlichen Arbeits- und Sozialpolitik

Soll der bereits in Gang gekommene Prozess sozialer Desintegration nicht einfach resignativ hingenommen oder allein machtpolitisch entschieden werden, so werden heute ethisch begründete, umfassende Konzepte einer legitimen *Arbeitspolitik* jenseits "reiner" Arbeitsmarktlösungen vordringlich. Der noch ungewohnte Begriff "Arbeitspolitik" soll signalisieren, dass es in Zukunft um viel mehr als um herkömmliche, bloss auf quantitatives Wirtschaftswachstum setzende Beschäftigungspolitik geht, nämlich um die "vitale" sozialökonomische Aufgabe, dem oben begründeten Primat der Gerechtigkeit vor der Markteffizienz in der Arbeitswelt Geltung zu verschaffen. Arbeitspolitik ist zu verstehen als die komplexe gesellschaftspolitische Aufgabe, auf der Basis tragfähiger Grundsätze einer human-, sozial- und umweltverträglichen Wirtschaftsentwicklung die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass die Erwerbsarbeit im Leben *aller* Individuen einen sinnvollen Platz einnehmen kann.²⁶

Arbeitspolitik, so verstanden, ist die Konsequenz aus der Einsicht, dass es einerseits keine reine Marktlösung des Arbeitslosigkeitsproblems gibt und andererseits eine bloss folgenkompensierende Sozialpolitik, die der Arbeitsmarktentwicklung ohnmächtig hinterher rennt, nicht hinreichend sein kann. Arbeitswelt ist Lebenswelt; eine lebensdienliche Arbeitspolitik ist daher das Kernstück einer *präventiven* Sozialpolitik. Sie ist von Grund auf unter normativen Gesichtspunkten des guten Lebens und gerechten Zusammenlebens der Menschen zu begründen. Dabei sind zwei Aspekte zu beachten: Die Chance auf Erwerbsarbeit ist in einer Marktgesellschaft einerseits eine unabdingbare Voraussetzung dafür, dass sich die Individuen oder Lebensgemeinschaften die benötigte Kaufkraft für ihre materielle Existenzsicherung durch eigene Leistung verschaffen können. Die Teilnahme an der gesellschaftlich geteilten Arbeit ist andererseits aber auch ein bedeutsamer Erfahrungsort menschlicher Fähigkeits-, Identitäts- und Persönlichkeitsentfaltung; sie gibt uns die Möglichkeit, ein nützliches Mitglied der Gesellschaft zu sein; auf

²⁶ Vgl zu dieser von mir in Vorträgen seit 1994 verwendeten Definition von Arbeitspolitik *Peter Ulrich*, Müssen wir die Arbeit neu verteilen? Vier Thesen zu einer zukunftssträchtigen Arbeitspolitik, in: Arbeitsblätter, hrsg. vom Schweizerischen Arbeitskreis für ethische Forschung, Nr. 34, 1995, 41-53. Offenbar unabhängig davon hat *Martin Kempe* im Nachwort zur deutschen Ausgabe von *Jeremy Rifkin*, Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft, Frankfurt/New York 1995, 228, den Begriff der Arbeitspolitik in gleichgerichtetem Sinne definiert als "eine Neugestaltung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens mit dem Ziel der Teilhabe aller an existenzsichernder Erwerbsarbeit. Inhalt, Form und Menge der Erwerbsarbeit dürfen nicht nur nachgeordnete Grössen des marktwirtschaftlichen Prozesses sein, sondern müssen selbst zum Gegenstand gestaltender Politik gemacht werden."

ihr beruhen in der Regel zu einem wesentlichen Teil unsere sozialen Beziehungen und im günstigen Fall auch unser gesundes Selbstbewusstsein. Allzu vieles hängt somit von der Erwerbsarbeit ab, was im Falle der Arbeitslosigkeit materiell nicht "entschädigt" werden kann. Psychosomatische Erkrankungen, Erscheinungen der sozialen Desintegration (Sozialzerfall) und letztlich die Gefährdung des sozialen Friedens in der Gesellschaft sind daher die ernstzunehmenden Begleitsymptome einer Arbeitsgesellschaft, der für einen wachsenden Teil der Bevölkerung die Arbeit auszugehen droht.

Gerade der Einbezug dieser sozialökonomischen Folgewirkungen in die Problembetrachtung macht deutlich, dass eine an Gesichtspunkten des guten Lebens und gerechten Zusammenlebens der Menschen orientierte Arbeits- und Sozialpolitik nicht notwendigerweise "unwirtschaftlich" oder volkswirtschaftlich unbezahlbar zu sein braucht. Im Gegenteil wird auf die Dauer wohl nur eine Arbeits- und Beschäftigungspolitik finanzierbar sein, die ihre eigenen (erzeugten oder vermiedenen) sozialen Folgekosten – von der Arbeitslosenunterstützung über die Fürsorge bis zu den schwer erfassbaren Kosten der erwähnten Sekundäreffekte, die in ganz anderen gesellschaftlichen Bereichen anfallen (als medizinische Kosten im Gesundheitswesen, Kriminalitäts- bzw. Sicherheitskosten des drohenden "Sozialpolizeistaats",²⁷ usw. usf.) – mitberücksichtigt und nicht erst bei den Symptomen, sondern bei den strukturellen Ursachen "kostendämpfend" ansetzt. Dabei zeigen diese Überlegungen auch, dass es in der vordergründigen Debatte um die angeblich oder tatsächlich unbezahlbar werdenden Kosten des Sozialstaats hintergründig immer schon um eine viel tiefgreifendere Auseinandersetzung geht, nämlich um die möglicherweise epochale Weichenstellung zwischen *zwei konträren Gesellschaftsmodellen*:

– Auf der einen Seite steht das *autoritär-karitative* Konzept jener neokonservativen Wirtschaftsliberalen, die die totale Marktgesellschaft und mit ihr das sozialdarwinistische Recht des Stärkeren befürworten, lautstark gegen das "Giesskannenprinzip" des Sozialstaats polemisieren und Sozialleistungen nur noch "gezielt" für die "wirklich Bedürftigen" einsetzen wollen,²⁸ wobei die Crux

²⁷ Zur Horrorvision eines "Sozialpolizeistaats", der die strukturell ohnmächtigen, von sozialstaatlichen Leistungen abhängigen Bürger zugleich weitgehend entmündigt und ruhigstellt, vgl. *Joseph Huber*, Zwischen Supermarkt und Sozialstaat: Die neue Abhängigkeit des Bürgers, in: *Ivan Illich u.a.*, Entmündigung durch Experten, Reinbek 1979, 129-155.

²⁸ So z.B. *David de Pury / Heinz Hauser / Beat Schmid (Hrsg.)*, Mut zum Aufbruch. eine wirtschaftspolitische Agenda für die Schweiz, Zürich 1995, 61. Dieses von mehr als einem Dutzend namhafter schweizerischer Wirtschaftsführer mitverfasste oder mitunterzeichnete neoliberale Manifest hat im Land eine breite und lebhafte wirtschafts- und sozialpolitische Debatte ausgelöst.

natürlich darin liegt, dass die Nicht-Bedürftigen und Mächtigen bestimmen, wer in welcher Hinsicht bedürftig ist.

– Auf der anderen Seite steht das wahrhaft liberale, *emanzipatorische* Konzept einer noch nirgends voll entfalteten Bürgergesellschaft (*civil society*), die der sozialpolizeistaatlichen Entmündigung von immer mehr Menschen hartnäckig den real gefährdeten, aber ideell unüberbotenen Anspruch einer wohlgeordneten Gesellschaft freier, gleichberechtigter und mündiger Bürger entgegenhält und die zeitgemässe Weiterentwicklung dieses aufklärerischen Entwurfs unter den sich gegenwärtig radikal verändernden sozioökonomischen Voraussetzungen postuliert: *Bürgerrechte auf Arbeit und Existenzsicherung statt "milde Gaben" für Bedürftige*.

An der dezidierten Bevorzugung dieses zweiten, emanzipatorischen Weges gegenüber dem autoritär-karitativen (Rück-) Weg, den neokonservative Kreise gehen wollen, erkennt man heute die wahrhaft liberal denkenden Köpfe, wie beispielsweise *Ralph Dahrendorf*,²⁹ der in Deutschland zu den frühesten und dezidiertesten Vordenkern einer Zivilgesellschaft mit erweiterten Bürgerrechten für alle gehört. In diesem gesellschaftspolitischen Entwurf geht es im Gegensatz zum ökonomistischen Ansatz darum, *primär nicht den Markt, sondern die Menschen frei zu machen*. Und das bedeutet praktisch: Statt wie im alten ökonomistischen Fortschrittskonzept alles auf die Karte der fortwährenden Intensivierung des Wettbewerbs (zwecks Steigerung der Produktivität und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit) sowie der Extensivierung des Marktes auf alle Lebensbereiche (Durchökonomisierung der Gesellschaft) zu setzen, wird das zukunfts-trächtigere und lebensdienlichere arbeits- und gesellschaftspolitische Ziel gerade umgekehrt in der wenigstens partiellen Emanzipation der Menschen aus den immer härteren Selbstbehauptungszwängen des (Arbeits-) Marktes erkannt. Wenn die Menschen nämlich erst einmal existentiell weniger abhängig sind vom Arbeitsmarkt, wird auch der derzeit explodierende Bedarf nach kompensatorischer sozialstaatlicher Unterstützung *ursächlich* abnehmen. Die ökonomische Rationalität spricht also ebenso wie die ethische Vernunft durchaus dafür, endlich die Passivität gegenüber der eigensinnig gewordenen – und zunehmend lebenspraktisch unsinnig werdenden – "Sachlogik" der Arbeitsmarktentwicklung zu überwinden und ernsthaften *arbeitspolitischen Gestaltungswillen* in Richtung des angedeuteten emanzipatorischen Weges zu entwickeln.

Wo ein politischer Wille ist, wird sich auch eine Vielzahl praktischer Ansatzpunkte zu konkreten Schritten finden. Ich beschränke mich hier auf den oben

²⁹ Vgl. *Ralf Dahrendorf*, Die Zukunft der Bürgergesellschaft, in: *B. Guggenberger / K. Hansen (Hrsg.)*, Die Mitte. Vermessungen in Politik und Kultur, Opladen 1993, 74-83; *ders.*, Über den Bürgerstatus, in: *B. van den Brink / W. van Reijen (Hrsg.)*, Bürgergesellschaft, Recht und Demokratie, Frankfurt 1995, S. 29-43.

schon angesprochenen, m.E. grundlegenden Gedanken der Institutionalisierung neuer *Wirtschaftsbürgerrechte*.³⁰ Wirtschaftsbürgerrechte zielen auf die Gewährleistung der sozialökonomischen Voraussetzungen, durch die die Bürger in die Lage versetzt werden, ihre formale Freiheit und ihren Status als vollwertige Mitglieder der Gesellschaft – also Bürgerrechte, die ihnen in einem demokratischen Rechtsstaat immer schon zustehen – real wahrnehmen zu können und somit *real frei*³¹ zu sein von unverschuldeter, entmündigender Abhängigkeit. Entsprechende sozialökonomische Bürgerrechte können an zwei zum Teil alternativen, zum Teil sich ergänzenden Punkten ansetzen:

– Zum ersten bietet sich die Möglichkeit an, ein *erwerbsunabhängig garantiertes Grundeinkommen* für alle Bürger zu gewährleisten, sei das als bedingungslos gewährtes "Bürgergeld"³² oder, zunächst wohl naheliegender, mittels des Konzepts der negativen Einkommenssteuer.³³ Wenn das Einkommen gemäss Steuererklärung ein zu definierendes Existenzminimum unterschreitet, so erhält nach diesem Konzept der Betroffene Subjekthilfe, und zwar unabhängig von den Ursachen des zu geringen Einkommens. Gerade wer, wie die Verkünder der neoliberalen Doktrin, heute "grössere Lohndifferenzen" sowie die "Senkung der Mindestlöhne" volkswirtschaftlich für zwingend und damit die Entstehung einer neuen Schicht von *working poor* (wie in den USA und Grossbritannien) für unvermeidlich hält, der wird, falls er an einer wohlgeordneten Gesellschaft überhaupt noch interessiert ist, eine solche partielle Entkoppelung von Einkommen und Erwerbsarbeit befürworten müssen. Gerade wer das Motto "Leistung muss sich wieder lohnen" vertritt und den harten unternehmerischen Wettbewerb auch unter allen Arbeitnehmern (als Unternehmern ihrer eigenen Arbeitskraft!) postuliert, müsste, wenn er verantwortungsvoll denkt, Wert darauf legen, dass die Existenzsicherung aller Bürger unabhängig davon gesichert wird, ob sie im Wettbewerb – insbesondere auf dem Arbeitsmarkt – zu den "Siegern" oder den "Verlierern" gehören. Und wenn er wahrhaft liberal denkt, müsste er auch wünschen, dass die Existenzsicherung für alle unabhängig von entwürdigenden bürokratischen Verfahren der Bedürftigkeitsbeurteilung erfolgt.

³⁰ Zum Begriff, zur Begründung und zur Ausgestaltung von Wirtschaftsbürgerrechten vgl. *Ulrich*, Integrative Wirtschaftsethik (Anm. 11), Kap. 7.3.

³¹ Zum Konzept der realen (statt bloss formalen) Freiheit vgl. *Philippe van Parijs*, Real Freedom for All. What (if anything) can justify capitalism?, Oxford 1995.

³² Die gesellschaftspolitisch und volkswirtschaftlich bisher am gründlichsten durchdachte und argumentativ stärkste Konzeption eines *bedingungslos* an alle bezahlten Bürgergelds hat, als grösstmögliches volkswirtschaftlich tragbares, gleiches Grundeinkommen für alle ("highest sustainable basic income"), *van Parijs*, Real Freedom for All (Anm. 31), vorgelegt.

³³ Zu den Befürwortern der negativen Einkommenssteuer gehört u.a. auch *Ralph Dahrendorf*, Für jeden Bürger ein garantiertes Einkommen, in: Die Zeit, Nr. 4 vom 17. 1.1986, S. 32.

– Wer aus tiefer arbeitsethischer Überzeugung oder wegen der materiell nicht zu kompensierenden Funktionen der (Erwerbs-) Arbeit für die personale und soziale Identität der Menschen keine Entkoppelung von Einkommen und Erwerbsarbeit befürworten mag, dem bietet sich ein alternativer, ebenso liberaler Ansatz an, der darauf zielt, allen Bürgern die reale Möglichkeit zu gewährleisten, ihre Existenz unmittelbar durch eigene Erwerbsarbeit und Leistung zu sichern. Gemeint ist die Institutionalisierung des allgemeinen *Bürgerrechts auf eine normierte Lebensarbeitszeit*.³⁴ "Normiert" heisst hier, dass einerseits jedermann ein Recht auf eine *begrenzte* Erwerbstätigkeit hat, damit alle in gleichberechtigter Weise erwerbstätig sein können. Umgekehrt bleibt in diesem Konzept das Bürgerrecht auf Existenzsicherung an die *Pflicht* zur Erfüllung einer bestimmten, möglicherweise innerhalb einer zu definierenden Bandbreite liegenden Lebensarbeitszeit gebunden. Der einzelne Bürger erhält ein Lebensarbeitszeitkonto, auf dem er diese Pflicht in freier, möglichst "zeitsouveräner" Weise abarbeiten und die daraus erwachsenden Ansprüche nachweisen kann.

Wer das als blosse resignative Arbeitsumverteilung ablehnt, der scheint zu übersehen, dass die volkswirtschaftliche Produktivitätssteigerung immer schon teilweise durch fortlaufende Senkung der Lebensarbeitszeit und niemals völlig durch Wirtschaftswachstum aufgefangen worden ist. Warum sollte dieser geschichtlich bewährte Weg heute nicht mehr sinnvoll und gerecht sein? Statt dass aus strukturellen Gründen immer mehr Menschen von der Erwerbsarbeit ganz ausgeschlossen bleiben und eine Minderheit immer mehr arbeitet, sollen alle erwerbsfähigen Personen einen fairen Anteil ihrer Lebenszeit im marktwirtschaftlichen Erwerbssystem verbringen können, der je nach dem erreichten volkswirtschaftlichen Produktivitätsstand stetig zu verkürzen ist. Zugleich gewinnen so alle Erwerbstätigen hinreichend freie Zeit für die Entfaltung auch anderer als nur der berufsorientierten Fähigkeiten und Neigungen, für Erziehungs-, Haus- und Sozialarbeit: das Leitbild ist eine *duale Lebensform für alle statt eine vertikal dualisierte, sozial gespaltene Gesellschaft*.³⁵

Zugegeben, die mit dem Recht auf Erwerbsarbeit für alle notwendigerweise verbundene, schrittweise Senkung der Normalarbeitszeit muss auf dem Hintergrund der Globalisierung heute natürlich supranational koordiniert werden, damit nicht Länder mit zu langer Normalarbeitszeit unlautere Wettbewerbsvorteile erzielen und

³⁴ Als analytisch herausragender Vertreter der These, dass eine radikale gesellschaftliche Umverteilung der Arbeit in Zukunft unumgänglich wird, und der Auffassung, dass das Recht auf Existenzsicherung vom Recht auf Arbeit nicht abgekoppelt werden dürfe, vgl. *André Gorz*, Kritik der ökonomischen Vernunft, Berlin 1989, spez. 287ff.

³⁵ Vgl. dazu *Peter Ulrich*, Transformation der ökonomischen Vernunft. Fortschrittsperspektiven der modernen Industriegesellschaft, Bern/Stuttgart 1986, 3. Aufl. 1993, 443ff., spez. 452ff.

so ihr eigenes Arbeitslosigkeitsproblem exportieren. Der Weg zu allgemeinverbindlichen arbeits- und sozialpolitischen Standards auf weltwirtschaftlicher Ebene wird lang und wohl nicht ohne Zwischenschritte gangbar sein. Nicht zuletzt setzt er voraus, dass die "global players" und die Wirtschaftsverbände darauf verzichten, die nationalen Standorte mit den üblichen Wegzugsdrohungen gegeneinander auszuspielen, und stattdessen *ordnungspolitische Mitverantwortung*³⁶ für die Errichtung einer human-, sozial- und umweltverträglichen Rahmenordnung des globalen Wettbewerbs übernehmen, auf der Ebene einer noch zu schaffenden Weltwirtschaftsordnung ebenso wie auf nationaler Ebene.

Welcher der beiden skizzierten Ansätze einer grundrechteorientierten, emanzipatorischen Sozialpolitik gewählt wird und welche konkrete Ausgestaltung und Ergänzung mit anderen Elementen er erfahren soll, ist in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft weder von Ökonomen noch von Wirtschafts- und Sozialethikern, sondern von den Bürgern zu entscheiden. Unabweisbar ist aus wirtschaftsethischer Sicht nur die Forderung, dass die Drittweltisierung, die Entstehung einer gespaltenen Gesellschaft von mehreren Bevölkerungsklassen mit gänzlich unterschiedlichen Lebenschancen und ungleichen realen Freiheitsrechten verhindert und dem Zynismus jener, die einer entsprechenden Gesellschaft gewollt oder ungewollt zuarbeiten, ethisch-politischer Gestaltungswille entgegengestemmt wird. Sonst droht der Rückfall in eine soziale Barbarei auch in den einst als "fortgeschritten" geltenden Ländern. Auf der sozialen Orientierung und Einbettung der ökonomischen Kräfte des Marktes auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten zu bestehen, ist daher für die Erhaltung oder Erneuerung einer *lebensdienlichen Marktwirtschaft* grundlegend und unabdingbar. Das erfordert heute ideologiefreies, lebensnahes und sozialpolitisch verantwortungsbewusstes Denken, gesellschaftliche Phantasie und vor allem den Mut des Widerspruchs gegen den ökonomistischen Zeitgeist.

Literaturverzeichnis

Afheldt, H.: Wohlstand für niemand? Die Marktwirtschaft entlässt ihre Kinder, München 1994.

³⁶ Zum Postulat der ordnungspolitischen Mitverantwortung der Privatwirtschaft als unabdingbarem Teil einer zeitgemässen Unternehmensethik vgl. *Peter Ulrich*, Integrative Wirtschafts- und Unternehmensethik, in: *Forum für Philosophie Bad Homburg (Hrsg.)*, Markt und Moral. Die Diskussion um die Unternehmensethik, Bern/Stuttgart 1994, 75-107, hier 100ff.

- Brink van den, B./Reijen van, W.[Hrsg.]: Bürgergesellschaft, Recht und Demokratie, Frankfurt 1995, S. 29-43.
- Dahrendorf, R.: Für jeden Bürger ein garantiertes Einkommen, in: Die Zeit, Nr. 4 vom 17.1. 1986, S. 32.
- Dahrendorf, R.: Die Zukunft der Bürgergesellschaft, in: Guggenberger, B./Hansen, K. (Hrsg.), Die Mitte. Vermessungen in Politik und Kultur, Opladen 1993, S. 74-83.
- Eucken, W.: Grundsätze der Wirtschaftspolitik (1952), 6. durchges. Aufl., hrsg. v. Eucken, E./Hensel, K.P., Tübingen 1990.
- Gorz, A.: Kritik der ökonomischen Vernunft, Berlin 1989.
- Huber, J.: Zwischen Supermarkt und Sozialstaat: Die neue Abhängigkeit des Bürgers, in: Ivan Illich u.a., Entmündigung durch Experten, Reinbek 1979, S. 129-155.
- Katterle, S.: Alternativen zur neoliberalen Wende, Bochum 1989.
- Kittsteiner, H.-D.: Ethik und Theologie: Das Problem der 'unsichtbaren Hand' bei Adam Smith, in: Kaufmann F.-X./Krüsselberg, H.-G. (Hrsg.), Markt, Staat und Solidarität bei Adam Smith, Frankfurt a.M. 1984, S. 41-73.
- Müller-Armack, A.: Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft. Frühschriften und weiterführende Konzepte, Bern/Stuttgart 1974.
- Nell-Breuning v., O.: Neoliberalismus und katholische Soziallehre, in: Boarman, P.M. (Hrsg.), Der Christ und die soziale Marktwirtschaft, Stuttgart/Köln 1955, S. 101-122.
- Parijs van, Ph.: Real Freedom for All. What (if anything) can justify capitalism?, Oxford 1995.
- Patzen, M.: Zur Diskussion des Adam-Smith-Problems - ein Überblick, in: Meyer-Faje, A./Ulrich, P. (Hrsg.), Der andere Adam Smith. Beiträge zur Neubestimmung von Ökonomie als Politischer Ökonomie, Bern/Stuttgart 1991, S. 21-54.
- Pury de, D./Hauser, H./Schmid, B. (Hrsg.): Mut zum Aufbruch. eine wirtschaftspolitische Agenda für die Schweiz, Zürich 1995.
- Radnitzky, G.: Marktwirtschaft: frei oder sozial?, in: ders. Bouillon, H. (Hrsg.), Ordnungstheorie und Ordnungspolitik, Berlin/Heidelberg 1991, S. 47-75.
- Rawls, J.: Die Idee des politischen Liberalismus, Frankfurt 1992.
- Rich, A.: Wirtschaftsethik, Bd. II: Marktwirtschaft, Planwirtschaft, Weltwirtschaft aus sozioethischer Sicht, Gütersloh 1990.
- Rifkin, J.: Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft, Frankfurt/New York 1995.
- Rüstow, A.: Wirtschaftsethische Probleme der sozialen Marktwirtschaft, in: Boarman, P.M. (Hrsg.), Der Christ und die soziale Marktwirtschaft, Stuttgart/Köln 1955, S. 53-74.
- Schwarz, G.: Wie uns die Arbeit nicht ausgeht, in: Neue Zürcher Zeitung, Nr. 81 vom 6./7. April 1996, S. 21.
- Thurow, L.: The Future of Capitalism. How Today's Economic Forces Will Shape Tomorrow's World, London 1996.
- Ulrich, P.: Transformation der ökonomischen Vernunft. Fortschrittsperspektiven der modernen Industriegesellschaft, Bern/Stuttgart 1993, 3. Aufl.
- Ulrich, P.: Integrative Wirtschafts- und Unternehmensethik, in: Forum für Philosophie Bad Homburg (Hrsg.), Markt und Moral. Die Diskussion um die Unternehmensethik, Bern/Stuttgart 1994, S. 75-107.
- Ulrich, P.: Müssen wir die Arbeit neu verteilen? Vier Thesen zu einer zukunftssträchtigen Arbeitspolitik, in: Arbeitsblätter, hrsg. vom Schweizerischen Arbeitskreis für ethische Forschung, Nr. 34, 1995, S. 41-53.
- Ulrich, P.: Demokratie und Markt. Zur Kritik der Ökonomisierung der Politik, in: Jahrbuch für christliche Sozialwissenschaften, 36. Band: Politische Ethik, Münster 1995, S. 74-95.

- Ulrich, P.: Integrative Wirtschaftsethik. Grundlagen einer lebensdienlichen Ökonomie, Bern/Stuttgart 1997 (Juli).
- Weber, M.: Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus, in: ders., Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I, 9. Aufl., Tübingen 1988, S. 17-106.
- Weisser, G.: Die Überwindung des Ökonomismus in der Wirtschaftswissenschaft, wiederabgedr. In: ders., Beiträge zur Gesellschaftspolitik, Göttingen 1954, S. 573-601.
- Wünsche, H.F.: Verlorene Massstäbe in der Ordnungspolitik, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Jg. 35, Tübingen 1990, S. 53-74.

II. Müssen wir die Arbeit neu verteilen?

Vier Thesen zu einer zukunftssträchtigen Arbeitspolitik

Die Vertreter dessen, was in der neoliberalen Marktwirtschaft Sache ist, setzen immer noch voll auf Wirtschaftswachstum als Generalrezept zur Lösung des Problems, soweit sie das Traktandum nicht insgeheim einfach vertagen möchten, bis es sich im Laufe des kommenden Jahrhunderts aus demographischen Gründen (sinkender Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter) angeblich von selbst erledigen wird. Praktisch bedeutet das, dass bis dahin eine andere, rascher greifende Form der "Problemlösung" in Kauf genommen wird: die zunehmende Spaltung der Gesellschaft in Bürger erster Klasse (mit stabilen, qualifizierten Berufspositionen) und solche zweiter Klasse (in unstabilen, schlecht bezahlten Gelegenheitsjobs oder ganz Erwerbslose) samt der daraus resultierenden Explosion der sozialen Folgekosten (Arbeitslosenversicherung, Fürsorge, sozialtherapeutische und medizinische Betreuung der "Freigestellten"). Soll dieser bereits in Gang gekommene Prozess sozialer Desintegration nicht einfach resignativ hingenommen oder allein machtpolitisch entschieden werden, so werden heute ethisch begründete, umfassende Konzepte einer legitimen Arbeitspolitik dringlich.

Der ungewohnte Begriff *Arbeitspolitik* soll signalisieren, dass es in Zukunft um viel mehr als um herkömmliche, bloss auf quantitatives Wirtschaftswachstum setzende Beschäftigungspolitik geht. Arbeitspolitik ist zu verstehen als die komplexe gesellschaftspolitische Aufgabe, auf der Basis tragfähiger Grundsätze einer human-, sozial- und umweltverträglichen Wirtschaftsentwicklung die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass die Erwerbsarbeit im Leben *aller* Individuen einen sinnvollen Platz einnehmen kann. Arbeitspolitik, so verstanden, lässt sich von normativen Gesichtspunkten des guten Lebens und gerechten Zusammenlebens der Menschen nicht ablösen. Sie braucht deswegen nicht notwendigerweise unbezahlbar zu sein: Im Gegenteil wird auf die Dauer wohl nur eine Arbeits- bzw. Beschäftigungspolitik finanzierbar sein, die ihre eigenen erzeugten oder vermiedenen sozialen und volkswirtschaftlichen Folgekosten mitberücksichtigt und nicht erst bei den Symptomen, sondern bei den strukturellen Ursachen "kostendämpfend" ansetzt.

Ich behaupte also: Die ökonomische ebenso wie die ethische Vernunft spricht dafür, endlich die Passivität gegenüber der eigensinnig gewordenen und zunehmend lebenspraktisch unsinnig werdenden Sachlogik der Arbeitsmarktentwicklung zu überwinden und ernsthaften *arbeitspolitischen Gestaltungswillen* zu entwickeln. Es gilt die angeblichen ökonomischen *Sachzwänge* als das zu entlarven, was sie mindestens teilweise sind: blosse *Denkzwänge*, deren praktische Folgen im wahrsten Sinne des Wortes bedenklich geworden sind. Im folgenden wird versucht, dagegen in vier thesenförmigen Schritten anzudenken.

1. These:

In einer Arbeitsgesellschaft, wie wir sie (noch) sind, haben alle Bürger ein moralisches Recht auf Arbeit, nicht nur auf Arbeitslosen-"Entschädigung".

Wir sind noch immer und in der Schweiz mehr als irgendwo sonst in der westlichen Welt eine *Arbeitsgesellschaft*, das heisst eine Gesellschaft, deren Wertvorstellungen, Lebensformen und Strukturen weitgehend auf die Arbeit, verstanden als bezahlte Erwerbsarbeit, bezogen sind. Andere Formen des Tätigseins, wie Haus- oder Eigenarbeit, ehrenamtliche soziale Arbeit, Weiterbildung und zweckfreies schöpferisches Tun, gelten in ihr nicht als gleichrangige Arbeit. Die Kehrseite der Arbeitsgesellschaft ist nämlich die *Konsumgesellschaft*, in der die Menschen einen grossen Teil ihrer lebenspraktischen Bedürfnisse durch den Kauf von Gütern und Dienstleistungen am Markt befriedigen. Die ökonomische Grundfunktion der Erwerbsarbeit für die Individuen ist es, ihnen die dafür nötige Kaufkraft zu verschaffen. Arbeitslosigkeit, verstanden als Erwerbslosigkeit, bedeutet zunächst, dass den Betroffenen die in der Arbeitsgesellschaft normale Form der eigenverantwortlichen materiellen Existenzsicherung verwehrt ist.

Eine zivilisierte und solidarische Gesellschaft kann unter diesen Bedingungen *struktureller Ohnmacht* der unfreiwillig von Erwerbslosigkeit Betroffenen gar nicht anders als diese materiell wenigstens soweit zu "entschädigen", dass sie ein menschenwürdiges Leben weiterführen können. Doch damit ist das Problem entgegen einer weitverbreiteten Ansicht keineswegs gelöst. Die lebenspraktische Bedeutung der Erwerbsarbeit geht in der Arbeitsgesellschaft weit über ihre materielle Funktion der Kaufkraftversorgung hinaus. Die Arbeit ist auch ein bedeutsamer Erfahrungsort menschlicher Fähigkeits-, Identitäts- und Persönlichkeitsentfaltung. Sie gibt uns die

Möglichkeit, ein nützliches Mitglied der Gesellschaft zu sein; auf ihr beruhen in der Regel zu einem wesentlichen Teil unsere sozialen Beziehungen und im günstigen Fall auch unser gesundes Selbstbewusstsein. Allzu vieles hängt somit von der Erwerbsarbeit ab, was im Falle der Arbeitslosigkeit materiell nicht entschädigt werden kann. Psychosomatische Erkrankungen, Erscheinungen der sozialen Desintegration (Sozialzerfall) und letztlich die Gefährdung des sozialen Friedens in der Gesellschaft sind daher die ernstzunehmenden Begleitsymptome einer Arbeitsgesellschaft, der für einen wachsenden Teil der Bevölkerung die Arbeit auszugehen droht.³⁷ Aus arbeitsethischer Sicht ist es daher zwar notwendig, aber nicht hinreichend, das existentielle Risiko der Arbeitslosigkeit materiell zu "versichern" und im Eintretensfall zu "entschädigen". Darüber hinaus aber ist das *moralische Recht auf Arbeit für alle* als die grundlegende Norm anzuerkennen, an der sich die gesamte Arbeits- und Beschäftigungspolitik auszurichten hat.

2. These:

Die alte Vollbeschäftigungsideologie ist nicht die Lösung, sondern das ursächliche Problem der stetig zunehmenden Arbeitslosigkeit.

Vordergründig geht es – wie meistens in der Realpolitik – beim Streit um die Beschäftigungspolitik im allgemeinen und um die Reform der Arbeitslosenversicherung im besonderen um Finanzierungsfragen. Doch hinter dem Lastenverteilungskampfs zwischen (Arbeits-) Besitzenden und Arbeitslosen verbirgt sich bei genauerem Hinsehen die Auseinandersetzung zwischen zwei *verschiedenen Gesellschaftsmodellen*. Die (struktur-) konservative Seite möchte ihr altes Modell der vollbeschäftigten Arbeitsgesellschaft, in der Arbeiten nahezu der höchste aller Werte ist, um jeden Preis aufrechterhalten und vertraut dabei, dem zugehörigen ökonomistischen Weltbild entsprechend, primär auf die erhofften Selbstregelungskräfte des Marktes, auch des Arbeitsmarktes. Gemäss dem von dieser Seite vertretenen Rezept soll die Deregulierung der Wirtschaft zu (Lohn-) Kostensenkungen und zu Produktivitätssteigerung führen, diese die internationale Wettbewerbsfähigkeit erhöhen, diese

³⁷ Wer kennt nicht die berühmte, schon 1958 formulierte These von Hannah Arendt (1981:11): "Was uns bevorsteht, ist die Aussicht auf eine Arbeitsgesellschaft, der die Arbeit ausgegangen ist, also die einzige Tätigkeit, auf die sie sich noch versteht."

wiederum zu mehr Export und damit zu Wirtschaftswachstum der Binnenwirtschaft führen, was am Ende der Kette schliesslich "Arbeitsplätze schaffen" soll.

Doch allein schon die makroökonomische Triftigkeit dieses *neoliberalen Rezepts* ist mehr als zweifelhaft. Nicht nur haben wir in immer mehr Wirtschaftsbereichen Stagnationstendenzen, "jobloses" oder sogar arbeitsplatzvernichtendes Wachstum und eine mit den Konjunkturzyklen stufenweise zunehmende Arbeitslosigkeit, sondern es bricht unter dem Stichwort der Globalisierung der Märkte nun auch noch ein *Wettbewerb der Standorte und der Rahmenbedingungen* zwischen den Nationen und Wirtschaftblöcken aus. In einem mehr oder weniger grenzenlosen Kampf aller gegen alle würden sich die konkurrierenden Rahmenordnungen, wenn es nach dieser Ideologie ginge, in einer Art Nullsummenspiel wechselseitig zu Tode deregulieren. Neben den sozialen Errungenschaften der jüngeren Geschichte hätte dann wohl auch der dringende Umweltschutz das Nachsehen mit den "Sachzwängen" des globalen Konkurrenzkampfs lässt sich heute scheinbar nahezu alles rechtfertigen. Am Ende droht vor allem die Globalisierung jener typischen *sozial gespaltenen Gesellschaft*, wie sie in den Ländern der Dritten Welt schon lange vorzufinden ist. Am weitesten fortgeschritten ist die "Drittweltisierung" der sozialen Struktur einer "hochentwickelten" Industriegesellschaft bezeichnenderweise in den USA und in Grossbritannien. Aber auch die kontinentaleuropäischen Länder sind klar auf dem Weg zur *Zweidrittelgesellschaft*, in der ungefähr ein Drittel der Bevölkerung die Erwerbslosen und die neu entstehende Schicht der *working poor*, deren "marktgerechter" Lohn für einen menschenwürdigen Lebensunterhalt nicht ausreicht den Preis für die strukturelle Festschreibung des anachronistisch gewordenen Gesellschafts- und Lebensmodells bezahlt. Gerade das Festhalten an der herkömmlichen Vollbeschäftigungsidee führt ironischerweise dazu, dass zwei Drittel der Bevölkerung zwar immer härter arbeiten und die Erfolgreichsten auch immer mehr verdienen, es für den letzten Drittel jedoch "keine Arbeit" gibt.

Es wird unter diesen Umständen Zeit, dass wir sowohl unsere Lebensform den *industrial way of life* als auch die Organisation unserer gesamten Arbeitswelt radikal (d.h. an der Wurzel der Probleme ansetzend) überdenken. Die Zweidrittelgesellschaft muss nicht sein, wenn wir sie nicht wollen; sie ist nicht unvermeidliches Schicksal, sondern Ausdruck des fehlenden politischen Willens, unsere Wirtschaft und Gesellschaft sozialverträglich zu reorganisieren. Es geht beim aktuellen Streit um den richtigen Umgang mit dem "Beschäftigungsproblem" im Kern um eine gesellschaftspolitische Frage: Soll das Recht der Stärkeren, das sozialdarwinistische "Survival of the fittest", oder sollen die ethischen Prinzipien der *Solidarität* (der Stärkeren mit den Schwächeren) und der *Gerechtigkeit* (d.h. der fairen Verteilung

von Lebenschancen unter allen) als oberste Organisationsidee unserer Gesellschaft gelten? Mit anderen Worten: Wollen wir die *totale Marktgesellschaft*, in der die gesamte Organisation des gesellschaftlichen Zusammenlebens den Sachzwängen der Konkurrenz und dem vermeintlichen segensreichen Wirken der unsichtbaren Hand des Marktes unterworfen wird, oder wollen wir eine *lebensdienliche Marktwirtschaft*, die in die ethisch-politisch zu bestimmenden Rahmenbedingungen einer wohlgeordneten, human-, sozial- und naturverträglichen Gesellschaft eingebunden ist?

Wenn gegen Postulate der lebensdienlichen und sozialverträglichen Gestaltung der Wirtschaft heute geltend gemacht wird, dass die Sachzwänge des globalen Wettbewerbs die politischen Gestaltungsfreiräume auf einzelstaatlicher Ebene zunehmend unterlaufen, so trifft das teilweise zwar zu, doch wer an einer solidarischen und gerechten Gesellschaft überhaupt noch interessiert ist, kann daraus nur eine vernünftige Konsequenz ziehen: Globale Märkte bedingen auch eine globale Rahmenordnung des Wettbewerbs, die weltweit soziale und ökologische Minimalstandards durchsetzt. Der realpolitische Weg dahin wird steinig sein, doch es gibt keine vernünftige Alternative dazu.

3. These:

Es geht in der Arbeitspolitik um die grundlegende Alternative zwischen dem freiheitlichen Weg zu allgemeinen Wirtschaftsbürgerrechten und dem autoritär-karitativen Weg zum Sozialpolizeistaat.

Die Aufgabe, die Funktionsbedingungen des Arbeitsmarktes vor dem Horizont übergeordneter Grundsätze einer solidarischen und gerechten Gesellschaftsordnung zukunftsorientiert zu gestalten, ruft nach einer ethisch fundierten und umfassend verstandenen Arbeitspolitik. Diese gesellschaftspolitische Problemstellung geht weit über herkömmliche, bloss konjunktur- und wachstumspolitisch orientierte Beschäftigungs-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik hinaus. Es kommt heute darauf an, nicht nur die Symptome der strukturellen und kulturellen Krise einer Arbeitsgesellschaft, die zu wenig Arbeitsplätze schafft, sozialstaatlich zu lindern und zu verwalten, sondern die tieferliegenden gesellschaftspolitischen Ursachen zu durchdenken und die möglicherweise epochale arbeitspolitische Weichenstellung zu erkennen, vor der wir stehen. Im Kern geht es um folgende Weichenstellung:

Entweder wir folgen jenen, die derzeit lautstark gegen das "Giesskannenprinzip" des Sozialstaats polemisieren und den Anspruch auf sozialstaatliche Unterstützung vom einzelfallbezogenen Bedürfnis- oder *Bedürftigkeitsnachweis* abhängig machen wollen. Vordergründig geht es dabei darum, die Verschwendung von Steuergeldern an jene, die sozialstaatliche Transferzahlungen nicht nötig haben, zu verhindern. Hintergründig geht es jedoch zugleich um die Durchsetzung der Vorstellung, dass die Anspruchsanerkennung der Bedürftigen vom Ermessensurteil irgendwelcher Experten und Instanzen abhängig gemacht werden soll. Dahinter verbirgt sich letztlich das *autoritär-karitative Konzept* eines *Sozialpolizeistaats* (Huber 1979), der das Recht hat, jene Bürger, die auf sozialstaatliche Leistungen angewiesen sind, als unmündig zu betrachten und zu behandeln ganz nach dem Motto: "Wer zahlt, befiehlt".

Oder aber wir entwickeln die urliberale Idee unantastbarer Menschen- und Bürgerrechte in Richtung moderner *Wirtschaftsbürgerrechte* weiter, die die Voraussetzungen einer in sozialem Frieden zusammenlebenden Gesellschaft freier und mündiger Bürger unter veränderten sozioökonomischen Bedingungen sichern. Das käme einem neuen Gesellschaftsvertrag gleich, der in der besten Tradition der freiheitlich-demokratischen Gesellschaft stünde: *Bürgerrechte auf Arbeit und Existenzsicherung statt "milde Gaben" für Bedürftige*.

Der Standardeinwand, dass solche Ideen volkswirtschaftlich nicht finanzierbar seien, ist m.E. unbegründet. Grundrechtsorientierte Konzepte der sozialstaatlichen Existenzsicherung wie beispielsweise das (vom konservativen Chicago-Ökonomen Milton Friedman ebenso wie vom liberalen Soziologen und früheren EG-Kommissar Ralf Dahrendorf befürwortete) Konzept der *negativen Einkommenssteuer* wären nicht nur administrativ bestechend einfach und effizient, sondern würden die Gesamtsumme heutiger sozialstaatlicher Transferzahlungen eher unter- als überbieten. Wer gemäss Steuererklärung bezüglich seines Erwerbseinkommens unterhalb des Existenzminimums liegt, erhält einkommensabhängig gestaffelte Zuschüsse, und zwar unabhängig von den Ursachen des zu geringen Einkommens; wer darüber liegt, zahlt ebenso einkommensabhängige direkte Steuern. Da bei diesem Konzept ein eigener wirtschaftetes Teileinkommen das Gesamteinkommen des Zuschussempfängers in jedem Fall erhöht, bleiben Leistungsanreize erhalten. Auf diesem Wege könnte das vielbeklagte "Giesskannenprinzip" tatsächlich ohne entwürdigende Bedürftigkeitsnachweise, bürokratisch-administrative Ermessensentscheidungen und Überwachungsapparate überwunden werden. Auch die einem allgemeinen Bürgerrecht auf Arbeit zwingend folgende Politik der *Arbeitsumverteilung* statt der blossen Finanzierung von Arbeitslosigkeit müsste sich volkswirtschaftlich auf die Dauer kosten senkend auswirken: Kann es volkswirtschaftlich etwas Teureres geben, als wenn

ein wachsender Teil arbeitsfähiger und arbeitswilliger Menschen arbeitslos ist? Solange wir nicht in die Barbarei zurückfallen, muss ihr Lebensunterhalt ja so oder so von den Erwerbstätigen bezahlt werden. Die Zweidrittelgesellschaft oder die Tatsache, dass ein wachsender Teil der arbeitsfähigen Bevölkerung ohne Arbeitsplatz ist und kompensatorischer materieller "Entschädigung" (Arbeitslosenunterstützung, Fürsorge etc.) bedarf, ist nicht nur ein moralischer Skandal wider die Menschenwürde der Betroffenen, sondern wird auf die Länge auch volkswirtschaftlich unbezahlbar.

Wäre es nicht viel gescheiter, wenn alle "Beschäftigten" in dem Masse fortschreitend kürzer arbeiten würden, wie es angesichts der steigenden Produktivität unserer Wirtschaft nötig ist, damit möglichst jeder Arbeitswillige seinen Lebensunterhalt durch eigene Leistung selbst verdienen kann? Auf diesem Wege könnten die sozialen Folgekosten der Arbeitslosigkeit *ursächlich* sinken, und mit ihnen auch die Steuerbelastung für alle Arbeitstätigen. Am Ende würde sich, wenn wir keine ordnungspolitischen Fehler machen, ihr Lebensstandard kaum verschlechtern, die Gerechtigkeit in der Arbeitswelt und mit ihr die umfassendere soziale Lebensqualität sich aber möglicherweise deutlich verbessern.

Zugegeben: Die Einsicht in die lebenspraktische Vernünftigkeit dieses Weges eröffnet sich erst, wenn wir die vermutliche Illusion, die vollbeschäftigte Arbeitsgesellschaft der alten Nachkriegshochkonjunktur liesse sich trotz der völlig veränderten gegenwärtigen Bedingungen des globalen Wettbewerbs je wiederherstellen, hinter uns gelassen haben und uns der unbequemen Perspektive stellen, dass in absehbarer Zukunft die Erhöhung der Arbeitsproduktivität sich aller Wahrscheinlichkeit nach nur noch zu einem geringeren Teil in Lohn-, Nachfrage- und Produktionssteigerungen *bei uns* niederschlagen wird. Dann aber zeigt sich die gesellschaftspolitische Weggabelung, vor der wir stehen, in voller Deutlichkeit mitsamt der epochal neuen Chancen, die sich uns bieten.

4. These:

Das Ende der alten Vollbeschäftigungsideologie eröffnet neue Optionen für freie Bürger wenn wir den Produktivitätsfortschritt in den Dienst des guten Lebens und Zusammenlebens aller Menschen stellen.

Die Ideologie der alten Arbeitsgesellschaft, wonach sich das ganze Leben um die (Erwerbs-) Arbeit drehen soll, war einer unproduktiven, armen Gesellschaft ange-

messen, in der es nichts Dringenderes als wirtschaftliches Wachstum gab – doch in einer hochproduktiven Volkswirtschaft wird sie zum sinnverkehrenden Dogma:

Wir arbeiten heute nicht mehr, um konsumieren zu können, sondern wir müssen immer mehr konsumieren, damit wir "Arbeitsplätze schaffen" können – aber die teils übersättigten, teils kaufkraftschwachen Konsumenten streiken.

Wir steigern die Produktivität, um international wettbewerbsfähig zu bleiben – aber je schneller das alle Konkurrenten tun, um so rascher rationalisieren wir uns die Arbeit weg.

In einer Marktwirtschaft, die im Dienste des guten Lebens und des gerechten Zusammenlebens der Menschen stehen soll, wird es angesichts solcher symptomatischer Sinnverkehrungen Zeit, uns von der anachronistischen Wirtschafts- und Lebensform einer Armutsgesellschaft zu lösen und zeitgemäße Leitbilder zu entwickeln. Einer freiheitlichen Gesellschaft würde es gut anstehen, ihren Bürgern *auch in der Arbeitswelt neue individuelle Optionen* zu bieten, selbstverständlich im Rahmen der Bedingungen ihrer Sozial- und Umweltverträglichkeit. Niemand soll auf Kosten der anderen leben. Aber warum sollte in einer hochproduktiven Volkswirtschaft innerhalb eines solchen Rahmens nicht jeder Bürger so viel und in jenem Zeitrhythmus arbeiten können, der seinen aktuellen persönlichen oder familiären Bedürfnissen entspricht? Eine zeitgemäße arbeitspolitische Vision könnte demnach etwa folgende Elemente umfassen:

Leitidee der *individuellen Zeitsouveränität* (Teriet 1979): Freie Wirtschaftsbürger sollen das Recht haben, ihre Arbeitszeit pro Tag, Woche, Monat, Jahr und über das ganze Leben (Lebensarbeitszeit) genau so zu wählen, wie es ihren persönlichen oder familiären Bedürfnissen und ihren Ideen des guten Lebens entspricht, zumindest innerhalb einer zu bestimmenden Bandbreite. Neue, differenziertere Modelle der menschlichen Zeitökonomie jenseits der (schon immer realitätsfremden) Zweiteilung in Arbeits- und Freizeit gewännen Entfaltungsraum. Damit würde nicht nur das Leben für die meisten Menschen vielseitiger und reichhaltiger, sondern höchstwahrscheinlich auch der Arbeitsmarkt zu einem beachtlichen Teil entlastet werden. Ein wachsender Teil der Erwerbstätigen, vor allem der Bessergestellten unter ihnen, würde schon heute zugunsten der vermehrten Entfaltung in anderen Lebensbereichen gerne kürzer arbeiten und entsprechend weniger verdienen.

Leitidee der *dualen Lebensform* statt einer sozial gespaltenen Gesellschaft (Huber 1984; Ulrich 1993:452ff.): Statt dass ein Teil der Arbeitswilligen (die Rationalisierungsoffer) völlig aus der Wirtschaft "freigestellt" werden, arbeiten *alle* weniger lang im Erwerbssystem, und *alle* verfügen zugleich über mehr Zeit für Hausarbeit und soziale Arbeit (Kinder-, Alten-, Krankenbetreuung), für kreative Eigenarbeit

und Weiterbildung. Damit verfügen endlich auch in Familien mit Kindern beide Elternteile über genügend Zeit sowohl für eine normale Erwerbsarbeit als auch für die notwendige Hausarbeit; der Zwang zum Rückzug auf die Mutter- und Hausfrauenrolle entfällt dann ebenso wie die Beschränkung der Vaterrolle auf die eines Wochenend- und Zahlvaters oder die finanzielle Benachteiligung der Familien überhaupt. Je etwa 20-25 Stunden Wochenstunden flexibel einteilbarer Erwerbsarbeitszeit für Mann *und* Frau wären familienpolitisch doch nahezu ideal!

Politik der *stetigen Verkürzung der Normalarbeitszeit im Rahmen des Produktivitätsfortschritts* (Gorz 1989): Diese ist wichtig nicht nur um die fortlaufende Neuentstehung von Arbeitslosigkeit zu verhindern, sondern auch um die Leitideen der dualen Lebensform und der individuellen Zeitsouveränität effektiv zum Funktionieren zu bringen. Denn solange eine individuell kürzere Arbeitszeit mit Teilzeitarbeit gleichgesetzt wird, wird sie auch bezüglich Karrierechancen, Entschädigung und sozialem Ansehen benachteiligt bleiben. Die Regelarbeitszeit sollte daher stets etwa der durchschnittlich von den Berufstätigen als "normal" betrachteten und präferierten Arbeitszeit entsprechen, so dass gemäss der Leitidee der individuellen Zeitsouveränität Abweichungen nach unten und nach oben etwa gleich häufig wären.

Entwicklung marktwirtschaftlicher Instrumente der Arbeitspolitik: Ein System der existenzsichernden Arbeitslosenversicherung ist und bleibt selbstverständlich unentbehrlich, doch sollte das gesellschaftspolitische Ziel der *Verhinderung von Arbeitslosigkeit* Vorrang vor ihrer blossen sozialstaatlich-finanziellen Kompensation haben. Für diesen primären arbeitspolitischen Zweck sind (marktwirtschaftlich unbedenkliche) *ordnungspolitische Lenkungskonzepte* grundsätzlich genau so wünschbar und machbar wie etwa für umweltpolitische Zwecke. Warum sollten nicht beispielsweise Firmen, die eine zukunftsweisende Politik der solidarischen Arbeitsumverteilung unter den Mitarbeitern auf Betriebsebene betreiben, um Entlassungen zu verhindern, durch entsprechende steuerliche Anreize belohnt werden, während umgekehrt Firmen, die ihre betriebswirtschaftlichen Kosten in schlechten Konjunkturzeiten rücksichtslos zulasten der Arbeitslosenkasse und damit der Steuerzahler minimieren, mittels Lenkungsabgaben ein Stück weit zur Mitfinanzierung der von ihnen verursachten volkswirtschaftlichen Kosten herangezogen würden? Hier wäre eine Vielzahl neuer Instrumente denkbar und prüfenswert, die dem sonst so hochgelobten Verursacherprinzip bestens entsprächen. Im Vergleich zu solchen hier nur angedeuteten ordnungspolitischen Ideen wirken die althergebrachten neoliberalen Rezepte zur Wiederherstellung der "Vollbeschäftigung" merkwürdig phantasielos und rückwärts-

gerichtet, ganz abgesehen davon, dass sie seit nunmehr 20 Jahren weltweit bemerkenswert erfolglos geblieben sind.

Arbeitspolitischer Rat: Es fehlt bisher auch eine wirtschaftspolitische Instanz, die sich für eine derart umfassend und grundlegend verstandene Arbeitspolitik als zuständig betrachtet. In der Schweiz könnte diesbezüglich wohl dem BIGA eine Schlüsselfunktion zukommen. Vielleicht aber sollte darüber hinaus auch ein pluralistisch mit Bürgern aus allen gesellschaftlichen Erfahrungsbereichen (nicht nur mit Interessen- und Verbandsvertretern!) zusammengesetzter arbeitspolitischer Rat ins Leben gerufen werden, der zuhause des Bundesrats und des Parlaments in bürger-naher Weise die Alternativen und die demokratischen Präferenzen einer zukunfts-trächtigen und am Gemeinwohl orientierten Arbeitspolitik klärt. Auf der Grundlage der definierten Bürgerpräferenzen könnte dann der Druck der kritischen Öffentlichkeit unwilligen politischen Instanzen und Lobbies, die nur ihre bürgerfernen Sonderinter-essen verfolgen, Beine machen. Und das tut not, denn es geht, wie wir gesehen haben, bei der Bewältigung des Problems der Arbeitslosigkeit letztlich um die grundlegende Frage, wie wir in Zukunft in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft sinnvoll arbeiten, gut leben und gerecht zusammenleben wollen.

Literaturhinweise

- Arendt, H.: Vita activa oder Vom tätigen Leben. Neuausgabe, München 1981 (zuerst New York 1958).
- Dahrendorf, R.: Für jeden Bürger ein garantiertes Einkommen, in: Die Zeit, Nr. 4 v. 17. Januar 1986, S. 32.
- Gorz, A.: Kritik der ökonomischen Vernunft. Sinnfragen am Ende der Arbeitsgesellschaft, Berlin 1989.
- Huber, J.: Zwischen Supermarkt und Sozialstaat: Die neue Abhängigkeit des Bürgers, in: Illich, I., u.a., Entmündigung durch Experten, Hamburg 1979.
- Huber, J.: Die zwei Gesichter der Arbeit. Ungenutzte Möglichkeiten der Dualwirtschaft, Frankfurt 1984.
- Koch, C.: Die Gier des Marktes. Die Ohnmacht des Staates im Kampf der Weltwirtschaft, München/Wien 1995.
- Ruh, H.: Modelle einer neuen Zeiteinteilung für das Tätigsein des Menschen. Strategien zur Überwindung der Arbeitslosigkeit, in: Würzler, H. (Hrsg.), Arbeitszeit und Arbeitslosigkeit. Zur Diskussion der Beschäftigungspolitik in der Schweiz, Zürich 1994.
- Teriet, B.: Zeitsouveränität für eine flexible Lebensplanung, in: Huber, J. (Hrsg.), Anders arbeiten - anders wirtschaften, Frankfurt 1979.

- Ulrich, P.: Transformation der ökonomischen Vernunft. Fortschrittsperspektiven der modernen Industriegesellschaft, 3. revid. Auflage, Bern/Stuttgart/Wien 1993 (darin speziell Kap. 8: "Systembegrenzung und Lebensweltentfaltung").
- Ulrich, P.: Integrative Wirtschaftsethik. Grundlagen einer lebensdienlichen Ökonomie, Bern/Stuttgart/Wien 1997, spez. Abschn. 7.3 (erscheint im Juli 1997 im Verlag Paul Haupt).
- Würgler, H. [Hrsg.]: Arbeitszeit und Arbeitslosigkeit. Zur Diskussion der Beschäftigungspolitik in der Schweiz, Zürich 1994.

Beiträge und Berichte

Institut für Wirtschaftsethik der Universität St. Gallen

Guisanstrasse 11, CH-9010 St. Gallen

Telefon 071 / 224 26 44, Fax 071 / 224 28 81

Bisher erschienene Beiträge und Berichte des Instituts für Wirtschaftsethik

(Preis: sFr. 15.-/ Stück + Versandkosten; für Studierende [nur gegen Nachweis] 50 % Rabatt):

- Nr. 1 *Georges Enderle*: Wirtschaftsethik in den USA - Bericht über eine Studienreise, März 1983.
- Nr. 2 *Georges Enderle*: Business Ethics in the USA - Overview and Reflections, May 1983.
- Nr. 3 *Roland Kley*: John Rawls' Theorie der Gerechtigkeit - Eine Einführung, Oktober 1983.
- Nr. 4 *Wulf Gaertner*: Einige Theorien der Verteilungsgerechtigkeit im Vergleich, September 1984.
- Nr. 5 *Georges Enderle*: Sicherung des Existenzminimums für alle Menschen - eine Herausforderung für Ethik und Wirtschaftswissenschaft, September 1984.
- Nr. 6 *Gérard Gäfgen*: Die ethische Problematik von Allokationsentscheidungen - am Beispiel des Ressourceneinsatzes im Gesundheitswesen, Oktober 1984.
- Nr. 7 *Rupert Windisch*: Vermögensmaximierung als ethisches Prinzip?, Januar 1985.
- Nr. 8 *Jürgen Mittelstrass*: Wirtschaftsethik als wissenschaftliche Disziplin?, Januar 1985.
- Nr. 9 *Oswald Schwemmer*: Ökonomische Rationalität und praktische Vernunft oder: Kann man ethische Grundsätze zu Prinzipien ökonomischer Systeme machen?, April 1985.
- Nr. 10 *Franz Böckle*: Anthropologie und Sachgesetzlichkeit im Dialog zwischen Moralthologie und Wirtschaftsethik, Mai 1985.
- Nr. 11 *Daniel Brühlmeier*: Politische Ethik in Adam Smiths 'Theorie der ethischen Gefühle', Dezember 1985.
- Nr. 12 *Georges Enderle*: Ein Leitbild für die Sicherung des Existenzminimums in der Schweiz, März 1986.
- Nr. 13 *Henk van Luijk*: When the Market Fails: The Morality of Economic Man, September 1986.
- Nr. 14 *Raymond E. Thomas*: The Role of Ethics in Business Management: A Changing European Scene, October 1986.
- Nr. 15 *Georges Enderle*: Problembereiche einer Führungsethik im Unternehmen, November 1986.
- Nr. 16 *Roland Kley*: Die Theorie des Verfassungsvertrags von James Buchanan - Darstellung und Kritik, April 1987.
- Nr. 17 *Albert Ziegler*: Unternehmensethik - schöne Worte oder dringende Notwendigkeit?, Juli 1987.
- Nr. 18 *Peter Ulrich*: Die neue Sachlichkeit oder: Wie kann die Unternehmensethik betriebswirtschaftlich zur Sache kommen?, Oktober 1987.
- Nr. 19 *Peter Ulrich*: Wirtschaftsethik und ökonomische Rationalität - Zur Grundlegung einer Vernunftethik des Wirtschaftens, November 1987.
- Nr. 20 *Peter Ulrich*: Lassen sich Ökonomie und Ökologie wirtschaftsethisch versöhnen?, April 1988.
- Nr. 21 *Peter Ulrich*: Zur Ethik der Kooperation in Organisationen, Mai 1988.
- Nr. 22 *Martin Büscher*: Afrikanische Weltanschauung und Tiefenstrukturen der Probleme wirtschaftlicher Entwicklung, August 1988.
- Nr. 23 *Peter Ulrich*: Wirtschaftsethik als Wirtschaftswissenschaft. Standortbestimmungen im Verhältnis von Ethik und Ökonomie, Oktober 1988.
- Nr. 24 *Ulrich Thielemann*: Ökologische Ethik - An den Grenzen der praktischen Vernunft, Oktober 1988.
- Nr. 25 *Josef Wieland*: Markt, Tausch, Preis und Ethik, November 1988.
- Nr. 26 *Thomas Dyllick*: Grundvorstellungen einer gesellschaftsbezogenen Managementlehre, November 1988.
- Nr. 27 *Wilfried Holleis*: Don Quijote und die Wirtschaftswissenschaften. Praktische Kritik an einer unpraktischen Wissenschaft - Eine wissenschaftliche Streitschrift, Januar 1989.
- Nr. 28 *Peter Ulrich*: Diskursethik und Politische Ökonomie, März 1989.
- Nr. 29 *Peter Ulrich*: The Social Contract Theory, Discursive Ethics, and Political Economy. Towards a critical conception of socio-economic rationality, May 1989. Second edition May 1990 (new translation from German).
- Nr. 30 *Peter Ulrich*: "Symbolisches Management?" Ethisch-kritische Anmerkungen zur gegenwärtigen Diskussion über Unternehmenskultur, Juli 1989.
- Nr. 31 *Martin Büscher*: Spannungsfelder der Wirtschaftsethik. Überlegungen zu gegensätzlichen Grundstrukturen, Juli 1989.
- Nr. 32 *Ulrich Thielemann*: Risiko oder Gefahr? Bedingungen des "Risiko-Dialogs" zwischen Unternehmung und Öffentlichkeit. Systemischer, moralischer oder nüchterner Blick auf die Unternehmung?, Oktober 1989.
- Nr. 33 *Martin Büscher/ Wilfried Holleis*: Die Kategorien "Wirtschaften" und "Werten". Zur methodologischen Grundlegung wertbewusster Wirtschaftswissenschaft, März 1990.
- Nr. 34 *Reinhard Pfriem*: Können Unternehmen von der Natur lernen? Ein Begründungsversuch für Unternehmensethik aus der Sicht des ökologischen Diskurses, April 1990.
- Nr. 35 *Ulrich Thielemann*: Die Unternehmung als ökologischer Akteur? Ansatzpunkte ganzheitlicher unternehmensethischer Reflexion. Zur Aktualität der Theorie der Unternehmung Erich Gutenbergs, April 1990.
- Nr. 36 *Martin Patzen*: Ein Überblick: Zur Diskussion des Adam-Smith-Problems, Mai 1990.
- Nr. 37 *Hans-Peter Studer*: Kehrseiten des Wohlstandes der Nationen. Das Werk von Adam Smith im Spiegel der modernen Überflussgesellschaft, Mai 1990.
- Nr. 38 *Peter Ulrich*: Korrektive, funktionale oder grundlagenkritische Wirtschaftsethik? Leitideen zu einer ethikbewussten Ökonomie, Juli 1990.

- Nr. 39 *Birger P. Priddat*: Arm und Reich. Zur Transformation der vorklassischen in die klassische Ökonomie. Zum 200. Todesjahr Adam Smiths, November 1990.
- Nr. 40 *Peter Ulrich*: Der kritische Adam Smith - im Spannungsfeld zwischen sittlichem Gefühl und ethischer Vernunft, November 1990.
- Nr. 41 *Thomas Kuhn*: Unternehmensführung in der ökologischen Krise. Überlegungen zu einer Dichotomisierung "umwelt"-bewussten Managements, Dezember 1990.
- Nr. 42 *Michael Nagler*: Wirtschaftsethik auf der Grundlage Kantischer Moralphilosophie, Februar 1991.
- Nr. 43 *Manfred Linke*: Demokratische Gesellschaft und ökologischer Sachverstand: Kann die Demokratie die ökologische Krise bewältigen, oder brauchen wir eine "Ökodiktatur"?, Mai 1991.
- Nr. 44 *Peter Ulrich*: Sozialverträglicher Technikeinsatz im Büro. Perspektiven ethikbewusster betriebswirtschaftlicher Rationalisierung, Mai 1991.
- Nr. 45 *Zeno Rohn*: Kann die in ihrem Kern anthropozentrische Diskursethik auch der Natur zu ihrem Recht verhelfen?, Juni 1991.
- Nr. 46 *Martin Büscher/Michael von Hauff*: Entwicklungshilfe zwischen Kulturbegegnung und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. Problemfelder und wirtschaftsethische Ansatzpunkte, Juni 1991.
- Nr. 47 *Peter Ulrich*: Ökologische Unternehmenspolitik im Spannungsfeld von Ethik und Erfolg. Fünf Fragen und 15 Argumente, November 1991.
- Nr. 48 *Charles Graves*: Calvinist Ethics and Business Attitudes - Traces in Switzerland, Puritan England, and the USA, März 1992.
- Nr. 49 *Stephan Wittmann*: Die ökologischen Grenzen des globalen Wirtschaftswachstums - Umwelt und Entwicklung aus wirtschafts- und unternehmensethischer Perspektive, Mai 1992.
- Nr. 50 *Peter Ulrich/Ulrich Thielemann*: Wie denken Manager über Markt und Moral? Empirische Untersuchungen unternehmensethischer Denkmuster im Vergleich, Juni 1992.
- Nr. 51 *Ulrich Thielemann*: Schwierigkeiten bei der Umsetzung ökologischer Einsichten in ökonomisches Handeln - ein wirtschaftsethischer Orientierungsversuch. Mit einer Auseinandersetzung mit Stephan Schmidheiny's "Kurswechsel", August 1992.
- Nr. 52 *Martin Büscher*: Economic Systems and Normative Fundaments. The Place of Economic Ethics in the System's Debate in Reference to a Social Market Economy, November 1992.
- Nr. 53 *Markus Kaiser*: Mitarbeiter-Erfolgsbeteiligung als sozialintegrativer Prozess - Theoretische Grundlegung und praktische Erfahrungen, Dezember 1992.
- Nr. 54 *H. Mano Solinski*: Perspektiven ethikbewussten Verhaltens in öffentlichen Verwaltungen der Schweiz. Überlegungen und Anregungen zur Einführung eines auf amerikanischer Erfahrung beruhenden Ethikverständnisses, Januar 1993.
- Nr. 55 *Peter Ulrich*: Integrative Wirtschafts- und Unternehmensethik - ein Rahmenkonzept, März 1993.
- Nr. 56 *Vladimir Avtonomov*: Models of Man in Economic Science: A Historical Overview, April 1993.
- Nr. 57 *Peter Ulrich*: Wirtschaftsethik als Beitrag zur Bildung mündiger Wirtschaftsbürger. Zur Frage nach dem "Ort" der Moral in der Marktwirtschaft, Juli 1993.
- Nr. 58 *Klaus Wüthrich-Struller*: Aristoteles und die Bilanz - Über Moral und Unmoral hoher Gewinne, August 1993.
- Nr. 59 *Ulrike Knobloch*: Eine andere Wirtschaftsethik? Die Bedeutung der Frauenfrage für die Begründung einer grundlagenkritischen Wirtschaftsethik, September 1993.
- Nr. 60 *Christiane Uhlig/Martin Büscher*: Systemtransformation und Homo oeconomicus. Institutionelle Voraussetzungen der Marktwirtschaft am Beispiel der Wirtschaftsgesinnung im russischen Kulturraum, Januar 1994.
- Nr. 61 *Adelheid Biesecker*: Lebensweltliche Elemente der Ökonomie und Schlussfolgerungen für eine moderne Ordnungsethik, Februar 1994.
- Nr. 62 *Peter Ulrich*: Integrative Wirtschaftsethik als kritische Institutionenethik. Wider die normative Überhöhung der Sachzwänge des Wirtschaftssystems, März 1994, 2. überarbeitete Aufl. 1996.
- Nr. 63 *Ulrich Thielemann*: Die Differenz von Vertrags- und Diskursethik und die kategorialen Voraussetzungen ideologiekritischer Wirtschaftsethik, März 1994.
- Nr. 64 *Markus Kaiser*: Grundriss eines wirtschaftsethisch reflektierten Konzepts der internen und aussengerichteten Unternehmenskommunikation, Mai 1994.
- Nr. 65 *Martin Büscher/Ulrike Knobloch/Kai H. Matthiesen/Ulrich Thielemann*: Auf dem Weg zu einer integrativen Wirtschaftsethik. Beiträge zum Projekt wirtschaftswissenschaftlicher Grundlagenreflexion, August 1994.
- Nr. 66 *Michael von Hauff/Beate Kruse/Arjan de Haan*: Die Systemtransformation in Indien unter Berücksichtigung ordnungspolitischer und soziokultureller Faktoren, September 1994.
- Nr. 67 *Ulrich Thielemann*: Integrative Wirtschafts- und Unternehmensethik als Reflexion des spannungsreichen Verhältnisses von Einkommensstreben und Moral. Zum Verhältnis von Wirtschaftsethik und philosophischer (Diskurs-)Ethik, November 1994.
- Nr. 68 *Peter Ulrich*: Führungsethik. Ein grundrechteorientierter Ansatz, Februar 1995.
- Nr. 69 *Stephan Wittmann*: Ethik-Kodex und Ethik-Kommission. Ansätze zur Institutionalisierung von Unternehmensethik, Juni 1995.
- Nr. 70 *Peter Ulrich*: Unternehmensethik und "Gewinnprinzip". Versuch der Klärung eines unerledigten wirtschaftsethischen Grundproblems, Juli 1995, korrigierter Nachdruck Dezember 1996.
- Nr. 71 *Vicente Domingo García Marzá*: Ethik im Bankwesen. Eine wirtschaftsethische Analyse unter besonderer Berücksichtigung der Beziehungen zwischen Banken und Industrie in Spanien, November 1995.
- Nr. 72 *Thomas Maak*: Kommunitarismus. Grundkonzept einer neuen Ordnungsethik? März 1996.
- Nr. 73 *Peter Ulrich/York Lunau/Theo Weber*: "Ethikmassnahmen" in der Unternehmenspraxis. Zum Stand der Wahrnehmung und Institutionalisierung von Unternehmensethik in schweizerischen und deutschen Firmen - Ergebnisse einer Befragung, Mai 1996.
- Nr. 74 *Arnold Meyer-Faje*: Mensch und Unternehmung als Sinneinheit. Was ist die identifikatorische Basis? Juni 1996.

- Nr. 75 *Stephan Wittmann*: Der ethische Gehalt des Arbeitsbegriffs. Rekonstruktion einer betriebswirtschaftlichen Schlüsselkategorie, August 1996.
- Nr. 76 *Ulrich Thielemann*: Integrative Wirtschaftsethik und die Frage nach dem moralischen Subjekt. Ökologie, Markt und der erneute Versuch der Abgrenzung dreier wirtschaftsethischer Grundpositionen, Februar 1997.
- Nr. 77 *Peter Ulrich*: Leitideen einer lebensdienlichen Arbeitspolitik, April 1997.

An das
Institut für Wirtschaftsethik
Universität St. Gallen
Guisanstrasse 11
CH-9010 St. Gallen

Fax Nr.: ++ 41 71 224 28 81

Bestellung

Bitte senden Sie mir die folgende(n) **mit bezeichnete(n)** Beiträge und Berichte:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
11	12	13	14	15	16	17	18	19	20
21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
31	32	33	34	35	36	37	38	39	40
41	42	43	44	45	46	47	48	49	50
51	52	53	54	55	56	57	58	59	60
61	62	63	64	65	66	67	68	69	70
71	72	73	74	75	76	77			

Absender:

.....

.....

Tel.-Nr.:

Fax-Nr.:

Datum:

Bitte senden Sie mir die neu erscheinenden Beiträge und Berichte (ca. 5 pro Jahr)
bis auf Widerruf im Abonnement zu.